

Europabüro der Bayerischen Kommunen
Europabüro der Baden-Württembergischen Kommunen
Europabüro der Sächsischen Kommunen

Brüssel Aktuell 01/2013

(14.12.2012 – 11.01.2013)

Aus dem Parlament

Abstimmung über Vergaberichtlinie im Binnenmarktausschuss

Am 18. Dezember hat der Binnenmarktausschuss des Europäischen Parlaments - fast genau ein Jahr nach der Vorlage des entsprechenden Entwurfes durch die EU-Kommission am 20. Dezember 2011 (vgl. Brüssel Aktuell 1/2012 und zuletzt 32/2012) - sein Votum zur Reform des Vergaberechts abgegeben. Neben einigen kommunalpositiven Vereinfachungen und Verbesserungen gegenüber dem Kommissionstext hat der Ausschuss aber beispielsweise die Voraussetzungen für eine ausschreibungsfreie In-house-Vergabe verschärft, indem er beim Wesentlichkeitskriterium einen Bezug zum Umsatz herstellt. Hiervon könnten insbesondere als Mehrspartenunternehmen tätige Stadtwerke betroffen sein...

Zwischenstand zur EU-Förderung von Bildung, Jugend und Sport ab 2014

Mittlerweile zeichnet sich deutlicher ab, mit welchen Neuerungen bei der EU-Förderung von allgemeiner und beruflicher Bildung, Jugend und Sport ab 2014 zu rechnen ist. Die Mitglieder des Ausschusses für Kultur und Bildung hatten am 27. November über 841 Änderungsanträge zum Kommissionsvorschlag für eine Verordnung zur Einrichtung des EU-Programms „ERASMUS FÜR ALLE“ abgestimmt. Das Ergebnis ist seit dem 10. Dezember in einem konsolidierten Bericht ersichtlich. Zu den von den Ausschussmitgliedern gewünschten, auch für die Kommunalverwaltung relevanten Änderungen zählen u. a. die Namensänderung von „ERASMUS für alle“ zu „YES Europe“, ein eigenes Kapitel für die Jugend und die Beibehaltung bewährter Bezeichnungen für die Unterprogramme. Die Kommission zeigt sich bzgl. der Änderungen durchaus kompromissbereit...

Aus dem Rat

Irland übernimmt Vorsitz der EU-Ratspräsidentschaft

Am 1. Januar hat Irland im insgesamt bereits siebten Turnus den halbjährlich rotierenden Vorsitz im EU-Ministerrat von Zypern übernommen (vgl. Brüssel Aktuell 27/2012). Zeitgleich jährt sich damit der Beitritt Irlands zur EU zum vierzigsten Mal. Der stellvertretende Premierminister Irlands, Eamon Gilmore, gab im Dezember 2012 die Prioritäten der irischen EU-Ratspräsidentschaft bekannt: Stabilität, Arbeitsplätze und Wachstum...

Aus der Kommission

„Jugendpaket“ zur Verbesserung der Beschäftigungssituation junger Menschen

Am 5. Dezember veröffentlichte die EU-Kommission das „Jugendpaket“, welches sich aus mehreren Initiativen zusammensetzt: Der Mitteilung „Junge Menschen in Beschäftigung bringen“, dem Vorschlag für eine Ratsempfehlung zur Einführung einer Jugendgarantie sowie der Mitteilung „Entwicklung eines Qualitätsrahmens für Praktika“. Deutschland profitiert im europäischen Vergleich noch immer stark von seinen vielzähligen Übergangsmöglichkeiten von der schulischen

Ausbildung in eine berufliche Tätigkeit. Die europaweite Initiative bietet auch aus deutscher Perspektive noch Ansatzpunkte für Verbesserungen, um das System nachhaltig zukunftsfähig und langfristig qualitativ zu erhalten. Das „Jugendpaket“ beruht auf der Leitinitiative „Jugend in Bewegung“ der Europa 2020-Strategie (siehe Brüssel Aktuell 31/2010). Der Ausschuss der Regionen startete nun eine Reihe von insgesamt sieben Veranstaltungen, die ein Resümee zu den einzelnen Leitinitiativen der Europa 2020-Strategie ziehen sollen. Die erste Konferenz des AdR am 13. Dezember beschäftigte sich passend zur Veröffentlichung des Jugendpakets mit der Flaggshipinitiative „Jugend in Bewegung“ ...

Veranstaltungen, Seminare und Konferenzen

„Barrierefreie“ Anwendungssoftware für Mobiltelefone ausgezeichnet

Am 17. Dezember vergab die Stiftung Vodafone mehrere Auszeichnungen für „barrierefreie“ Anwendungssoftware für Mobiltelefone, die „smart accessibility awards“. Das Europäische Behindertenforum, die AGE-Plattform (das europäische Netzwerk von Seniorenorganisationen) sowie die Vizepräsidentin der EU-Kommission Viviane Reding (L) verliehen den mit je 50.000 € dotierten Preis in den Kategorien „Mobilität“, „Selbstbestimmtes Leben“, „Soziale Teilhabe“ und „Wohlbefinden“. Die Anwendungssoftware der Gewinner steht für interessierte Nutzer zum Teil kostenlos zur Verfügung. Die EU-Kommissarin für Justiz, Grundrechte und Bürgerschaft will im Jahr 2013 ihren Europäischen Rechtsakt für Barrierefreiheit (siehe Brüssel Aktuell 41/2012) präsentieren...

EU-Depeschen

- *Seminar zur EU-Kulturförderung vom 4. bis 7. Februar 2013 in Freiburg*
 - *Europa für Bürgerinnen und Bürger – Neuer Programmleitfaden verfügbar*
 - *Aufrufe im Bereich der Forschung zu neurodegenerativen Erkrankungen veröffentlicht*
 - *Verleihung der 9. Europäischen Auszeichnung für Stadt- und Regionalplanung*
 - *EU-Kommission zeichnet Preisträger der Kampagne für nachhaltige städtische Mobilität aus*
 - *Parlament veröffentlicht Studie zum Thema Umgebungslärm*
 - *Deutsche staatliche Beihilfen zur Geräuschkürzung im Schienenverkehr genehmigt*
 - *EU-Kommission legt Beihilfenanzeiger für 2. Halbjahr 2012 vor*
 - *Abfalldekriterien für Bruchglas veröffentlicht*
 - *Leitlinien für nachhaltige Aquakultur und Naturschutz veröffentlicht*
 - *Aktionsplan für e-Gesundheitsdienste 2012-2020 veröffentlicht*
 - *EU-Pilotprojekt für Gehörlose zur besseren Kommunikation mit EU-Institutionen*
 - *Verhandlungen zur Arbeitszeitrichtlinie gescheitert*
-

In eigener Sache

Brüssel Aktuell-Jahresverzeichnis 2012

Die fetten Zahlen verweisen auf die jeweilige Brüssel Aktuell-Ausgabe, die mageren Zeichen auf die Rubrik und die kursiven auf den Titel des Beitrags. Wenn in einem Artikel mehrere Themen behandelt werden, wird dieser mehrfach genannt...

Europabüro der Bayerischen Kommunen
Europabüro der Baden-Württembergischen Kommunen
Europabüro der Sächsischen Kommunen

Brüssel Aktuell 02/2013

(11. – 18.01.2013)

Aus dem Parlament

Binnenmarktausschuss diskutiert über Kompromisse zur Konzessionsrichtlinie

Am 10. Januar fand im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz des Europäischen Parlaments erneut eine Aussprache zum Entwurf der Konzessionsrichtlinie statt (vgl. zuletzt Brüssel Aktuell 31/2012). Die zwischenzeitlich verhandelten Kompromissanträge für die anstehende Abstimmung am 24. Januar 2013 stießen bei der Diskussion nicht bei allen Abgeordneten auf Zustimmung. Insbesondere an der fehlenden Ausnahme des Wassersektors und an den Vorschriften zur In-house-Vergabe und zur interkommunalen Zusammenarbeit äußerten die Parlamentarier deutliche Kritik...

Aus der Kommission

Leitlinien für Beihilfen zum schnellen Breitbandausbau vorgelegt

Noch kurz vor dem Jahreswechsel hat die EU-Kommission die bereits seit längerem angekündigte Novellierung der 2009er-EU-Leitlinien für die Anwendung der Vorschriften über staatliche Beihilfen im Zusammenhang mit dem schnellen Breitbandausbau (sogenannte „Breitbandleitlinien“, vgl. zuletzt Brüssel Aktuell 23/2012) veröffentlicht. Mit der Intention, den „goldenen Mittelweg zwischen öffentlichen und privaten Investitionen“ zu finden, möchte sie damit – v. a. im Lichte der EU-Breitbandversorgungsziele innerhalb der sog. Digitalen Agenda (vgl. Brüssel Aktuell 19/2010) – den jüngsten technologischen und marktbezogenen Entwicklungen in diesem Bereich Rechnung tragen. Aus (groß)städtischer Sicht begrüßenswert dürfte dabei die – wenn auch unter sehr strengen Auflagen – nunmehr grundsätzlich vorgesehene Möglichkeit von öffentlichen Zuwendungen auch in Ballungsgebieten sein. Positiv für den ländlichen Raum und für kleine lokale Unternehmen zu bewerten ist der Umstand, dass im Zuge einer Beihilfengewährung die Zugangsverpflichtung für alle Arten von Produkten für den Breitbandzugang insoweit eingeschränkt werden kann, dass solche nur bei hinreichender Nachfrage von Drittbetreibern vorzusehen sind...

EU-Innovationspartnerschaft „Wasser“ – Interessenbekundungen jetzt möglich

Im Rahmen der Europäischen Innovationspartnerschaft „Wasser“ (EIP „Wasser“, siehe zuletzt Brüssel Aktuell 30/2012) wurde am 18. Dezember ein strategischer Umsetzungsplan veröffentlicht, der die fünf drängendsten Fragen im Wasserbereich identifiziert. Akteure des Wassersektors wie Industrie, KMU, Forschung, Finanzen aber auch lokale Behörden können bis 4. April 2013 ihr Interesse an Aktionsgruppen bekunden. Damit verpflichten sie sich konkrete Instrumente und Mechanismen zu entwickeln und über deren Fortschritt zu berichten. Weiter dienen mit Blick auf die EIP „Wasser“ 40 Mio. € aus dem 7. Forschungsrahmenprogramm zur Realisierung von Projekten. Die Frist für die Einreichung von Vorschlägen für dieses EU-Aktionsprogramm läuft ebenfalls am 4. April 2013 ab...

Studie zur Einstellung der EU-Bürger zur Luftqualität vorgestellt

Am 8. Januar wurde eine Eurobarometerstudie zur "Einstellungen der Europäer mit Blick auf Luftqualität (Attitudes of Europeans towards Airquality)" veröffentlicht. Deren Ergebnisse sollen insbesondere bei der Revision der thematischen Strategie zur Luftreinhaltung und der einschlägigen Rechtsvorschriften berücksichtigt werden, so die EU-Kommission (siehe zuletzt Brüssel Aktuell 44/2012). Dabei handelt es sich um eine aktuelle Eurobarometerumfrage unter mehr als 25.000 Europäern. Obwohl nur einem Viertel der EU-Bürger die entsprechenden Rechtsakte auf EU-Ebene „bekannt“ sind, würden die Europäer ein Handeln auf EU-Ebene befürworten und sich strengere Vorgaben wünschen...

Förderprogramme

EU-Aktionsprogramm „Gesundheit 2008-2013“ – Aufruf

Am 20. Dezember veröffentlichte die Europäische Kommission im Amtsblatt (C394/13) einen Aufruf zur Einreichung von Anträgen für das zweite Aktionsprogramm „Gesundheit 2008-2013“. Das Programm hat den Schutz und die Förderung der menschlichen Gesundheit und Sicherheit sowie die Verbesserung der öffentlichen Gesundheit zum Ziel, um die Solidarität und den Wohlstand in der Europäischen Union zu steigern. Der Aufruf zur Einreichung von Anträgen erfolgt einmal im Jahr. Bis zum 22. März 2013 können Finanzhilfen für Projekte, Betriebskosten und Konferenzen beantragt werden...

Veröffentlichungen im Amtsblatt der Europäischen Union

In den vergangenen Wochen gab es folgende kommunalrelevante Veröffentlichungen im Amtsblatt der Europäischen Union...

EU-Depeschen

- *Jugend in Aktion – Programmleitfaden 2013 veröffentlicht*
 - *EU-Partnerschaft für den Frieden – Aufruf zur Einreichung von Vorschlägen 2013*
 - *Einführung eines einheitlichen EU-Führerscheins*
 - *Aufruf – Europäischer Fonds zur Integration von Drittstaatsangehörigen*
 - *Fortsetzung der Europa 2020-Umfragen des Ausschusses der Regionen*
 - *Aufruf zur Beteiligung am dritten europäischen Wettbewerb „Wärmepumpenstadt des Jahres“*
 - *Seminar der EU-Kommission zur e-Vergabe*
 - *Bericht über Strategien zur sog. „Intelligenten Spezialisierung“ in den EU-Regionen vorgelegt*
 - *Projektbeispiele zum Thema Wasser des LIFE+-Programms veröffentlicht*
 - *Anhörung über lokale Demokratie in Aserbaidschan*
-

Europabüro der Bayerischen Kommunen
Europabüro der Baden-Württembergischen Kommunen
Europabüro der Sächsischen Kommunen

Brüssel Aktuell 03/2013

(18. – 25.01.2013)

Aus dem Parlament

Konzessionsrichtlinie: Abstimmung im Binnenmarktausschuss

Am 24. Januar hat der federführende Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz des Europäischen Parlaments über die Kompromissänderungsanträge zum Berichtsentwurf des französischen Berichterstatters Philippe Juvin (EVP) abgestimmt (vgl. zuletzt Brüssel Aktuell 3/2013). Insgesamt konnte das Votum die Befürchtungen der kommunalen Ebene bezüglich einer langfristigen Liberalisierung durch die Hintertür nicht vollständig entkräften...

EU-Beihilferecht: Plenarentschließung fordert stärkere parlamentarische Beteiligung

Im Rahmen der letzten Straßburger Plenarwoche fand u. a. am 15. Januar eine mündliche Anhörung zur künftig verbesserten Beteiligung des Europäischen Parlaments im traditionell durch Kommission und Rat dominierten, aber damit nicht minder kommunalrelevanten Bereich des EU-Beihilferechts statt. Den Anstoß hierzu lieferten im Lichte der aktuellen Modernisierung dieser Rechtsmaterie (vgl. zuletzt Brüssel Aktuell 20/2012) zwei Kommissionsvorschläge vom Dezember 2012. Dabei handelt es sich zum einen um die Überarbeitung der sog. Verfahrensverordnung zur Durchsetzung der Beihilfe-Art. 107 f. des AEUV. Zum anderen ist die sog. Ermächtigungsverordnung betroffen, auf deren Basis die Kommission bestimmte Beihilfe-Arten gruppenweise von der Anwendung des Beihilferechts freistellen kann. Fast durchgängig begrüßt wurde dabei von Parlamentarierseite der neue Kommissionsansatz, sich künftig vermehrt auf die tatsächlich binnenmarktrelevanten Fälle zu konzentrieren, wovon kommunale Beihilfen mit lediglich räumlich begrenzter Auswirkung profitieren können. Gleichwohl kritisieren die Abgeordneten in einer entsprechenden Resolution die bislang ungenügende parlamentarische Einbindung. Mit Blick auf die nach wie vor weitgehenden Kontroll-Kompetenzen der Kommission gegenüber (kommunalen) Behörden und ihren gewählten Vertretern, gerade im Bereich der kommunalen Daseinsvorsorge, prangern sie dieses Demokratiedefizit als nicht vertretbar an...

Aus dem Gerichtshof

Interkommunale Zusammenarbeit: EuGH bestätigt „Stadtreinigung Hamburg“-Kriterien

Mit Urteil in der Rechtsache „Azienda Sanitaria Locale di Lecce“ (C-159/11) zur interkommunalen Zusammenarbeit bestätigte die Große Kammer des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) am 19. Dezember 2012 die Kriterien aus der kommunalfreundlichen Rechtsprechung zur vergaberechtsfreien Zusammenarbeit zwischen Kommunen auf vertraglicher Basis aus dem wegweisenden Urteil „Stadtreinigung Hamburg“ (siehe Brüssel Aktuell 21/2009) aus dem Jahr 2009...

Förderprogramme

„Jugend in Aktion“ – Prioritäten und Antragsfristen für 2013

Die EU-Kommission veröffentlichte am 22. Dezember im Amtsblatt C 398 eine Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen im Rahmen des Programms „Jugend in Aktion“. Darin wurden auch die inhaltlichen Prioritäten für das Jahr 2013 festgelegt. Die erste Antragsfrist in diesem Jahr ist der 1. Februar 2013...

Veranstaltungen, Seminare und Konferenzen

LINKS-Projekt: Die Umwandlung historischer Gebäude in moderne, soziale Zentren

Viele europäische Städte sind im Laufe der Jahrhunderte über ihre Stadtmauern hinaus gewachsen. Dies stellt Kommunen in der Neuzeit vor Wirtschaftlichkeits- und Transportherausforderungen. Das Ziel von Modernisierungsmaßnahmen ist die Regeneration historischer Zentren, die Gewinnung einer sozialen Vielfalt und die Schaffung neuen Wohnraums. Die Umsetzung des LINKS-Projektes erfolgt nach energetischen und arbeitspolitischen Aspekten, die zu einer effizienten und nachhaltigen Verwendung der bereitgestellten EU-Fördermittel führen sollen. Inzwischen sind durch zahlreiche LINKS-Projekte 7.000 Personen in 54 Projekten in 28 Ländern aktiv an der Erreichung des Projektziels der urbanen Regeneration beteiligt. Ergebnis der zahlreichen Aktivitäten sind die aus den Projektergebnissen abgeleiteten Handlungsempfehlungen, die auf der Abschlusskonferenz des LINKS-Projekts am 10. Januar präsentiert wurden...

EU-Depeschen

- *Aufruf für Interessenbekundungen zur EIP*
 - *„Aktives und Gesundes Altern“ gestartet*
 - *Aufruf zur Bewerbung um „Champion Cities“ – innovative Maßnahmen im Verkehrsbereich*
 - *55 Europe Direct-Zentren von der EU-Kommission gefördert*
 - *EuGH - Handbuch über 60 Jahre Rechtsprechung erhältlich*
 - *EuGH bestätigt Beihilfeeigenschaft der Kapitalzuführung an den Flughafen Leipzig/Halle*
 - *EuGH zur Alters- und Behindertendiskriminierung bei Entlassungsabfindungen*
 - *EuGH zur Auslegung der Antidiskriminierungsrichtlinie bei Beamten im Krankheitsfall*
 - *Your Europe 2013“-Seminar zur EU-Bürgerbeteiligung im Wirtschafts- und Sozialausschuss*
 - *Schulobstprogramm – Bericht zur bisherigen Umsetzung veröffentlicht*
-

Europabüro der Bayerischen Kommunen
Europabüro der Baden-Württembergischen Kommunen
Europabüro der Sächsischen Kommunen

Brüssel Aktuell 04/2013

(25.01. – 01.02.2013)

Förderprogramme

Förderprogramme: 7. Informationstag zur Informations- und Kommunikationstechnologie

Die EU-Kommission veranstaltete am 15. Januar den jährlichen Informationstag zum EU-Aktionsprogramm zur Unterstützung der Politik für Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT-PSP, siehe zuletzt Brüssel Aktuell 6/2012). Damit ist traditionell der neue Aufruf zur Einreichung von Projektvorschlägen verknüpft, der in diesem Jahr noch bis zum 14. Mai geöffnet ist. IKT-PSP ist ein Unterprogramm des Wettbewerbs- und Innovationsrahmenprogrammes CIP („Competitive and Innovation framework Programme“) und zielt darauf ab, durch forcierte und breitgefächerte Anwendung neuester Technik ein nachhaltiges und integratives Wachstum zu generieren. Zur Realisierung der IKT-Politik und der sog. „Digitalen Agenda“ für Europa werden 2013 EU-Fördergelder in Höhe von 125,7 Mio. € zur Verfügung gestellt...

EU-Depeschen

- *EU-Regionalpolitik: Entschließung des EU-Parlaments zur Stadtsanierung*
 - *Konsultation zu Regionalbeihilfen gestartet*
 - *Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) – Konsultation zum Schulobst- und Schulmilchprogramm*
 - *Vorschlag zur Ladeinfrastruktur für klimafreundliche Kraftstoffe*
 - *“Referenzrahmen für nachhaltige Städte“ jetzt online*
 - *Stadtwerke Karlsruhe unterstützen Europäische Bürgerinitiative „Wasser ist ein Menschenrecht“*
 - *Veranstaltung „Tell Europe what you really think“ am 16. Juli 2013 in Heidelberg*
-

Europabüro der Bayerischen Kommunen
Europabüro der Baden-Württembergischen Kommunen
Europabüro der Sächsischen Kommunen

Brüssel Aktuell 05/2013

(01. – 08.02.2013)

Aus dem Parlament

Luftqualität: Wissenschaftliche Erkenntnisse und neue Vertragsverletzungsverfahren

Am 30. und 31. Januar tauschten sich Vertreter der Wissenschaft, der EU-Institutionen, der Weltgesundheitsorganisation, weiterer NGOs sowie der nationalen, regionalen und lokalen Gebietskörperschaften über aktuelle wissenschaftliche Erkenntnisse zu den gesundheitsschädlichen Einflüssen einer schlechten Luftqualität aus. Dabei wurden die wichtigsten Erkenntnisse zusammengefasst. Mit Blick auf die Überarbeitung der EU-Luftgesetzgebung wurden die Einführung neuer und Verschärfung bestehender Luftqualitätsstandards diskutiert. Kommunen können sich außerdem noch an der Konsultation zur Richtlinie 97/68/EG zur Verringerung der Luftverschmutzung durch mobile Maschinen und Geräte bis zum 8. April 2013 beteiligen. Diese Richtlinie beinhaltet Bestimmungen für den Luftschadstoffausstoß wie Stickoxide von Diesel- und Benzinmotoren von nicht am Straßenverkehr teilnehmenden beweglichen Arbeitsgeräten (z. B. Laubbläser, Motorsägen, Schneeräummaschinen uvm)...

Förderprogramme

7. und letzter Aufruf des EU-Aktionsprogramms Intelligente Energie – Europa

Am 23. Januar fand der jährliche Informationstag zum EU-Aktionsprogramm Intelligente Energie – Europa (IEE, siehe Brüssel Aktuell 1/2012) statt. Das Programm unterstützt Aktionen und Maßnahmen für saubere und nachhaltige Energie in Europa, die einen Mehrwert für alle Mitgliedstaaten darstellen. Für das Arbeitsprogramm IEE 2013 stehen rund 133 Mio. € zur Verfügung, die wiederum auf unterschiedliche Themenbereiche aufgeteilt werden. Noch bis zum 8. Mai 2013 (SAVE, ALTENER, STEER und integrierte Initiativen) können sich auch lokale Gebietskörperschaften um Fördermittel bewerben...

Veranstaltungen, Seminare und Konferenzen

Nachhaltiger Verkehr und Mobilität im städtischen und ländlichen Raum

Am 4. und 5. Februar luden der Europäische Gewerkschaftsbund und die Europäische Partnerschaft für die Umwelt zum Dialog mit lokalen Gebietskörperschaften ein. In einem 2-tägigen Workshop zum Thema „Nachhaltige Mobilität und integrierte Planung“ wurden gelungene Beispiele der Kooperation und Koordination sowie konkrete Lösungsansätze für einen nachhaltigen Verkehr und Mobilität im städtischen sowie ländlichen Raum präsentiert...

EU-Depeschen

- EU-Regionalpolitik – Entschließung des Parlaments zur Optimierung der Regionalentwicklung
- Europäisches Parlament stimmt neuem Sitzungskalender zu
- Aktionsplan „Unternehmertum 2020“ veröffentlicht
- Verleihung des „RegioStar“ Awards 2013 und Start des Bewerbungsverfahrens für 2014

- *Europäische Auszeichnung für öffentliche Verwaltung – „best practice“ und aktueller Aufruf*
- *Europäischer Jugendkarlspreis – Bewerbungsfrist verlängert*
- *Gleichstellung von Männern und Frauen – Online-Tools zur Umsetzung der Europäischen Charta*
- *Ökodesign u. a. für Duschköpfe – Konsultationsergebnis und Arbeitsplan 2012-2014*
- *EuGH zum Umweltrecht – Öffentlichkeitsbeteiligung trotz Berufen auf Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse*

Europabüro der Bayerischen Kommunen
Europabüro der Baden-Württembergischen Kommunen
Europabüro der Sächsischen Kommunen

Brüssel Aktuell 06/2013

(08. – 15.02.2013)

Thema der Woche

EU-Haushalt 2014-2020: Mitgliedstaaten verständigen sich auf Mehrjährigen Finanzrahmen

Nach zähen Verhandlungen, in der Nacht vom 7. auf den 8. Februar, haben sich die Staats- und Regierungschefs der EU nunmehr auf eine gemeinsame politische Linie für die anstehenden Verhandlungen zwischen Rat und Europäischem Parlament über den Mehrjährigen EU-Finanzrahmen 2014-2020 geeinigt. Dabei konnte sich insbesondere der ausgabenkritische Staatenkreis der „friends of better spending“ durchsetzen, indem in nahezu allen Haushaltsrubriken Kürzungen im Vergleich zum Finanzrahmen 2007-2013 vorgenommen wurden. Negative Auswirkung dürfte dies u. a. über die EU-Kohäsions- und Agrarpolitik mittelbar auch auf die kommunale Ebene in den Bundesländern der Bürogemeinschaft haben...

Aus den Regionen

Donauraumstrategie – Status quo und künftige Möglichkeiten der Projektfinanzierung

Die EU-Strategie für den Donauraum (EUSDR) entwickelt sich seit dem zweiten Halbjahr 2011 zu einer weitreichenden Kooperationsplattform, die es den Donauanrainerstaaten ermöglicht, zusammen gemeinsame Herausforderungen anzugehen. Der Beitrag geht auf den Status quo der Donauraumstrategie ein (vgl. zuletzt Brüssel Aktuell 23/2012), fasst die Ausgestaltung der organisatorischen Struktur sowie die gegenwärtigen Fördermöglichkeiten zusammen und gibt einen Ausblick auf die künftigen Fördermöglichkeiten: Derzeit wird ein Donauraumprogramm im Rahmen der territorialen Zusammenarbeit geschaffen, welches die Mittelakquise für EUSDR-Projekte erleichtern und somit zu einer besseren Umsetzung der EUSDR beitragen soll...

Veröffentlichungen im Amtsblatt der Europäischen Union

In den vergangenen Wochen gab es folgende kommunalrelevante Veröffentlichungen im Amtsblatt der Europäischen Union...

EU-Depeschen

- Plenum stimmt über den Verordnungsvorschlag über Geräuschpegel bei Kraftfahrzeugen ab
 - „Deine Welt. Dein Klima“ – Wettbewerb im Rahmen der EU-weiten Klimaschutzkampagne
 - Brüsseler Diskussionsrunde zur EU-Grundrechtecharta und dem Recht auf gute Verwaltung
 - Seminar „Europa fördert Kultur – aber wie?“ am 20. März in Filderstadt
 - Künftig zusätzliche räumliche Synergieeffekte beim Europäischen Kommunaldachverband RGRE in Brüssel
-

Europabüro der Bayerischen Kommunen
Europabüro der Baden-Württembergischen Kommunen
Europabüro der Sächsischen Kommunen

Brüssel Aktuell 07/2013

(15. – 22.02.2013)

Aus dem Parlament

Konzessionsrichtlinie: Kommission schlägt Kompromiss für Mehrsparten-Stadtwerke vor

Am 21. Februar stimmte der federführende Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz des Europäischen Parlaments über die weitere Behandlung des Kommissionsvorschlags zur Richtlinie für die Konzessionsvergabe ab. Der Ausschuss votierte für eine Mandatserteilung an den Berichterstatter Philippe Juvin (EVP, F) für den Trilog. Der zuständige EU-Binnenmarktkommissar Michel Barnier (F) hielt im Rahmen der Ausschusssitzung eine Rede, in der er nach ausgiebigen Gesprächen mit den Vertretern der Kommunen eine Lösung zugunsten der Mehrsparten-Stadtwerke vorschlug. Diese sahen sich nämlich seit dem jüngsten Ausschussvotum von Ende Januar dem Anwendungsbereich der Richtlinie unterworfen, selbst wenn sie keine private Beteiligung innehätten, was insbesondere in Deutschland und Österreich zu Proteststürmen in den Medien führte...

Aus der Kommission

Wettbewerbsstart zum EU-Unternehmensförderpreis

Der EU-Unternehmensförderpreis der EU-Kommission zeichnet regelmäßig (siehe zuletzt Brüssel Aktuell 11/2012) herausragende Leistungen öffentlicher Institutionen und öffentlich-privater Partnerschaften im europäischen Raum aus. Am 15. Februar wurde der Wettbewerb um den seit 2006 verliehenen und 2012 in „European Enterprise Promotion Award“ umbenannten Preis gestartet...

Veranstaltungen, Seminare und Konferenzen

Studie über Modelle im Zusammenhang mit IT-Technologie für eine alternde Gesellschaft

Am 14. Februar fand die Abschlusskonferenz der von der Europäischen Kommission im Rahmen des Europäischen Jahres für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen 2012 (vgl. Brüssel Aktuell 01/2012) beauftragten Studie „ICTechnolage“ statt. Die Studie untersuchte Geschäfts- und Finanzierungsmodelle im Zusammenhang mit Möglichkeiten der Nutzung von Informationstechnologie für Senioren in Europa und wie diese erfolgreich und effizient in anderen Regionen eingeführt werden können. Es handelt sich dabei primär um IT-gestützte Notfall-, Pflege, und Beobachtungssysteme...

EU-Depeschen

- *EU-Beihilfe- und Vergaberecht: Neufassung des Arbeitspapiers der EU-Kommission zu DAWI*
 - *Bioökonomie - EU-Kommission plant Einrichtung einer Beobachtungsstelle*
 - *Kreatives Europa – Online-Abfrage der finanziellen Bedürfnisse*
-

In eigener Sache

EU-Förderhandbuch für Kommunen 2013

Das Europabüro der bayerischen Kommunen hat sein Förderhandbuch für bayerische Kommunen aktualisiert und veröffentlicht...

Europabüro der Bayerischen Kommunen
Europabüro der Baden-Württembergischen Kommunen
Europabüro der Sächsischen Kommunen

Brüssel Aktuell 08/2013

(22.02. – 01.03.2013)

Aus dem Parlament

REGI-Ausschuss debattiert über Verhandlungsstand zur Kohäsionspolitik ab 2014

Die letzte Tagesordnung des Ausschusses für Regionale Entwicklung (REGI) im Europäischen Parlament wurde vergangene Woche – nicht zuletzt vor dem Hintergrund der aktuellen Ratschlussfolgerungen zum Mehrjährigen EU-Finanzrahmen 2014-2020 (vgl. Brüssel Aktuell 6/2013) – klar von der EU-Kohäsionspolitik nach 2013 dominiert. Im Mittelpunkt stand dabei die parlamentarische Aussprache zum Status quo der Verhandlung zwischen EP-Vertretern, dem Rat und der Kommission. Zuvor nutzten die REGI-Mitglieder die Gelegenheit zur weiteren Vertiefung der interinstitutionellen Beziehungen zum Ausschuss der Regionen (AdR). Dessen neuer Präsident, Ramón Luis Valcárcel Siso (EVP), Präsident der Autonomen Gemeinschaft Murcia (E), nahm erstmalig am Austausch bzgl. dieses kommunalrelevanten EU-Politikfelds teil. Insgesamt zeigte sich an der Debatte, dass mit Blick auf die Verhandlungsgeschwindigkeit durchaus mit einer ersten Lesung im Plenum noch vor der Sommerpause zu rechnen ist. Gleichwohl wurde angemahnt, im parlamentarischen Endspurt nicht die kommunalen Bedürfnisse aus den Augen zu verlieren...

Weißbuch Pensionen: erste Entscheidungen im Europäischen Parlament

Das bereits im Frühjahr 2012 von der EU-Kommission veröffentlichte Weißbuch Pensionen „Eine Agenda für angemessene, sichere und nachhaltige Pensionen und Renten“ (siehe zuletzt Brüssel Aktuell 43/2012) wurde in den vergangenen beiden Februarwochen mehrfach in unterschiedlichen Ausschüssen des Europäischen Parlaments behandelt. Am 20. Februar tauschten sich die EU-Abgeordneten mit der Berichterstatterin im Beschäftigungsausschuss aus und am 26. Februar kam es im Wirtschaftsausschuss zu einer ersten Entscheidung. Die Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft und Währung stimmten über ihre Stellungnahme ab. Sie votierten dafür, dass Solvency-II-Regelungen, die zu höheren Eigenkapitalanforderungen bei Einrichtungen der betrieblichen Altersvorsorge wie Pensionsfonds führen würden, nicht angewendet werden sollten...

Aus der Kommission

4. Eisenbahnpaket – auch Revision der sog. ÖPNV-Verordnung vorgeschlagen

Am 30. Januar veröffentlichte die EU-Kommission das seit langem erwartete 4. Eisenbahnpaket (siehe zuletzt Brüssel Aktuell 31/2012), mit dem Ziel die Qualität der Schienenverkehrsdienste zu verbessern und den Fahrgästen mehr Wahlmöglichkeiten zu bieten. Bestandteil des Pakets, das aus mehreren Richtlinien und Verordnungen besteht, ist auch eine Revision der EG-Verordnung 1370/2007 über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße, der sog. ÖPNV-Verordnung (siehe Brüssel Aktuell 14/2007 und 34/2007). Hier geht es um die Frage, ob Behörden weiterhin frei entscheiden können, wie der öffentliche Personenverkehr organisiert wird. Nach dem Willen der EU-Kommission sollen die inländischen Personenverkehrsdienste EU-weit vollständig liberalisiert werden. In ihrer

Sitzung vom 26. Februar kritisierte die Intergruppe Öffentliche Dienstleistungen den Vorstoß der Kommission...

Aus dem Gerichtshof

Mehrwertsteuerrichtlinie – EuGH zur Gleichbehandlung ambulanter Pflegedienste

Mit Urteil vom 15. November 2012 in der Rechtssache C-174/11 hat der EuGH entschieden, dass Art. 13 Teil A Abs. 1 Buchst. g der Richtlinie 77/388/EWG zur Harmonisierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Umsatzsteuern verbietet, dass die Mehrwertsteuerbefreiung privater Leistungserbringer im Pflege- und Betreuungswesen von Bedingungen, wie sie im deutschen Umsatzsteuergesetz (UStG) genannt sind, abhängig gemacht wird, wenn diese Bedingungen nicht geeignet sind, Gleichbehandlung zu gewährleisten...

EU-Förderprogramme

Aktueller Aufruf zur Einreichung von Vorschlägen für das EU-Programm Life+

Die Europäische Kommission veröffentlichte am 19. Februar im Amtsblatt (C 47/21) den Aufruf zur Einreichung von Vorschlägen 2013 für das EU-Programm Life+. Er bezieht sich auf die Themen Natur und biologische Vielfalt, Umwelt und Verwaltungspraxis sowie Information und Kommunikation. Im Jahr 2013 steht ein Budget von insgesamt 278 Mio. € zur Verfügung. Projektideen müssen bis zum 25. Juni 2013 in elektronischer Form bei den nationalen Behörden eingereicht werden...

EU-Depeschen

- *EU-Kommission veröffentlicht Studie zum Gemeinsamen Vokabular für öffentliche Aufträge*
- *Konferenz zu Partnerschaften in der Kohäsionspolitik ab 2014*
- *EU-Regionalpolitik – Veranstaltung zu revolvierenden Fonds*
- *Energiebinnenmarkt - EP-Ausschuss diskutiert Initiativbericht*
- *EU-Staaten setzen Binnenmarktrichtlinien besser um*
- *EU-Kommission verabschiedet Sozialinvestitionspaket*
- *Leitfäden der GD Mobilität und Verkehr zu intelligenten Verkehrssystemen veröffentlicht*
- *Konferenz zur Einführung des Europäischen Tourismus Indikator Systems*
- *Vorschlag für eine neue Zusammensetzung des Europäischen Parlaments ab 2014*

Europabüro der Bayerischen Kommunen
Europabüro der Baden-Württembergischen Kommunen
Europabüro der Sächsischen Kommunen

Brüssel Aktuell 09/2013

(01. – 08.03.2013)

Aus der Kommission

Grünbuch zu Plastikabfällen veröffentlicht und Konsultation gestartet

Am 7. März veröffentlichte die EU-Kommission das Grünbuch zu einer europäischen Strategie für Kunststoffabfälle in der Umwelt und startete zugleich eine Konsultation u. a. der öffentlichen Behörden, die noch bis zum 7. Juni 2013 geöffnet ist. Im Jahr 2014 will die EU-Kommission den umfassenden Revisionsprozess des EU-Abfallrechts abschließen, in der sie die Zielvorgaben für die Abfallverwertung und Abfalldeponien überprüft sowie fünf geltende Abfallstrom-Richtlinien wie die Klärschlammrichtlinie 1986/278/EWG in ihrer Wirksamkeit, Effizienz, Kohärenz und Relevanz bewertet. Das Grünbuch zu Plastikabfällen wird einen wesentlichen Bestandteil dieses umfassenden Überprüfungsprozesses ausmachen, so die EU-Kommission...

EU-weite Studie zur Reduktion von Ungleichheiten in der Gesundheitsfürsorge für Roma

Die Exekutivagentur für Gesundheit und Verbraucher der EU hat Anfang des Jahres gemeinsam mit der Generaldirektion Gesundheit und Verbraucher der Kommission den „Roma Health Report“ in Auftrag gegeben, welcher bis Anfang 2014 fundierte Ergebnisse zu Möglichkeiten der Verringerung des Gesundheitsgefälles zwischen Roma-Bevölkerung und der restlichen Bevölkerung in den Mitgliedstaaten finden soll. Diese wissenschaftlichen Ergebnisse sollen dann der EU-Kommission und den EU-Ländern helfen, die bestehende Ungleichheit in der Gesundheitsfürsorge in Angriff zu nehmen...

Veranstaltungen, Seminare und Konferenzen

EU-Konzessionsrichtlinie: Live-Internetdiskussion zur Wasserproblematik

Am 7. März wurde durch das vom EU-Parlament geförderte Projekt „europe-so-close“, das anhand aktueller Themen eine Brücke zur Arbeit der Mitglieder des Parlaments herstellt, eine Online-Diskussion zur EU-Konzessionsrichtlinie und insbesondere zu den Auswirkungen im Wasserbereich durchgeführt. Teilnehmer waren die Europaabgeordnete Sabine Verheyen (EVP), Stellvertreterin im federführenden Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz des Parlaments und Thomas Kattinig, Referent für Internationale Verbindungen/EU und Daseinsvorsorge der österreichischen Gewerkschaft der Gemeindebediensteten. Nachdem der zuständige EU-Binnenmarktkommissar Michel Barnier (F) im Streit um die Auswirkungen der Konzessionsrichtlinie auf die kommunale Wasserversorgung Ende Februar im Binnenmarktausschuss eine Lösung für die Mehrsparten-Stadtwerke (80 %-Regel) vorschlug (siehe Brüssel Aktuell 7/2013), ging es in der Diskussion um die verbliebenen strittigen Punkte. Auch die weitere Vorgehensweise im Parlament im bevorstehenden Trilog zwischen Kommission, Rat und Parlament wurden diskutiert...

Veröffentlichungen im Amtsblatt der Europäischen Union

In den vergangenen Wochen gab es folgende kommunalrelevante Veröffentlichungen im

EU-Depeschen

- *Start von „eTwinning Plus“*
 - *Förderung der Kultur- und Kreativindustrie – Handreichung aus Schweden*
 - *Bürgermeister der EU-Hauptstädte am Runden Tisch mit Regionalkommissar Hahn*
 - *Sechstes Landwirtschaftsforum zur nachhaltigen Lebensmittelproduktion*
 - *Preise für nachhaltige Mobilität – nach dem Wettbewerb ist vor dem Wettbewerb*
 - *Hessisches Landesprogramm „Modellregionen Integration“ in Brüssel präsentiert*
-

Europabüro der Bayerischen Kommunen
Europabüro der Baden-Württembergischen Kommunen
Europabüro der Sächsischen Kommunen

Brüssel Aktuell 10/2013

(08. – 15.03.2013)

Aus den Regionen

Drei Jahre Vertrag von Lissabon: Evaluation aus Sicht der Regionen

Die Vertretung der Region Flandern (BE) organisierte am 5. März ein Seminar mit dem Titel „Die Auswirkungen des Vertrags von Lissabon auf Regionen – Beurteilung von Chancen und Beschränkungen im Fall Flanderns“. Ein besonderer Schwerpunkt der Diskussion lag auf dem Subsidiaritätsprinzip und dem Subsidiaritätsfrühwarnsystem im Zusammenhang mit regionaler Partizipation im europäischen Gesetzgebungsprozess. Im Laufe des Seminars wurde auch eine unabhängige Studie der Universität Löwen (BE) vorgestellt, welche Vor- und Nachteile des Vertrags von Lissabon für Regionen untersucht...

Veranstaltungen, Seminare und Konferenzen

„Europäischer Rechtsakt Barrierefreiheit“ – zwei weitere Studien veröffentlicht

Das Europäische Parlament und die EU-Kommission befürworten einen „Europäischen Rechtsakt Barrierefreiheit“, dessen Veröffentlichung nun im Sommer 2013 zu erwarten ist. Hierzu hatte sich das Plenum bereits im Oktober 2011 (siehe Brüssel Aktuell 39/2011) im Rahmen eines Initiativberichts positioniert, die EU-Kommission hatte im Dezember 2011 eine öffentliche Konsultation gestartet (siehe Brüssel Aktuell 2/2012). Zielsetzung des Rechtsakts soll u. a. sein, die Verfügbarkeit von barrierefreien Gütern und Dienstleistungen für Menschen mit Behinderungen und ältere Menschen zu steigern. Derzeit ist noch unklar, wie dieser EU-Rechtsakt inhaltlich ausgestaltet sein und in welcher Form (z. B. als Richtlinienvorschlag) er erfolgen könnte. Am 12. März veröffentlichte die Brüsseler Denkfabrik „European Policy Center“ ein Papier, welches u. a. die im Brüsseler Raum diskutierten Überlegungen zusammenfasst. Die Woche zuvor wurde der zweite Bericht des ZERO-Projekts präsentiert, der sich mit der Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen auseinandersetzt...

Workshop: Infrastruktur und Geschäftsmodelle für elektrische Mobilität

Am 5. März fand in Brüssel ein Workshop des Internationalen Verbands für öffentliches Verkehrswesen (UITP) statt, auf dem Infrastruktur- und Geschäftsmodelle für elektrische Mobilität mit Schwerpunkt auf dem städtischem Raum vorgestellt wurden. Ziel des Verbands ist es, gemeinsam mit der Europäischen Union, umweltfreundliche Transportlösungen voranzubringen, die praxistauglich sind und derzeitige Probleme im Bereich des ÖPNV lösen. Im Bereich der Infrastruktur soll auf bestehende Netze zurückgegriffen werden, um die Markteinführung zu beschleunigen...

EU-Depeschen

- Steuererhebung – bis zum 17. Mai 2013 Teilnahmemöglichkeit an zwei Konsultationen
 - Notifizierungsentscheidung zum Bayerischen Breitbandförderprogramm veröffentlicht
 - Fränkischer Spargel in die Datenbank EU-weit geschützter Qualitätsprodukte aufgenommen
 - Fallstudie mit 50 EFRE-Beispielen im Bereich der Stadtentwicklung veröffentlicht
 - Deutschland erneut Spitzenreiter beim Recycling in Europa
 - EU-Aktionsprogramm „Kreatives Europa 2014-2020“ – Schlussfolgerungen zur Zielgruppenentwicklung
-

Europabüro der Bayerischen Kommunen
Europabüro der Baden-Württembergischen Kommunen
Europabüro der Sächsischen Kommunen

Brüssel Aktuell 11/2013

(15. – 22.03.2013)

Aus dem Parlament

Mehrjähriger Finanzrahmen 2014-2020: Plenum lehnt Gipfel-Beschluss in vorgelegter Form ab

Nachdem die EU-Staats- und Regierungschefs Anfang Februar mit einer gemeinsamen politischen Linie bzgl. des Mehrjährigen EU-Finanzrahmens (MFR) 2014-2020 einen ersten Aufschlag vollzogen hatten (vgl. Brüssel Aktuell 6/2013), waren nunmehr die Mitglieder des Europäischen Parlaments am Zug. Diese haben sich in der vergangenen Straßburger Plenarwoche – wie im Vorfeld nicht anders zu erwarten – mit breiter, fraktionsübergreifender Mehrheit gegen die EU-Budgetpläne der Mitgliedstaaten in der vorgelegten Form ausgesprochen. Im Kreuzfeuer der inhaltlichen Kritik standen dabei zwar durchaus, nicht zuletzt auf Grund des bevorstehenden Beitritts von Kroatien und der zusätzlichen Aufgaben durch den Lissabon-Vertrag, die vorgenommenen Kürzungen in Höhe von rund 7 % gegenüber dem Kommissionsvorschlag vom Sommer 2011. Mit Blick auf die als relativ gering erachteten Chancen einer zahlenmäßigen Wieder-Aufstockung angesichts des Konsolidierungsdrucks in den nationalen Haushalten konzentrieren sich die Parlamentarier in ihren Nachbesserungsforderungen hingegen vielmehr auf Verfahrenserleichterungen. Dazu zählen die Möglichkeit der Haushaltsüberprüfung nach Neukonstituierung des Parlaments im Jahr 2014 sowie Flexibilitätsklauseln bzgl. der künftigen Übertragbarkeit von Haushaltsansätzen zur Vermeidung eines dauerhaften strukturellen Defizits im EU-Haushalt.

Aus den Regionen

Ländliche Entwicklung - Diskussionsstand zu LEADER 2014-2020

Am 5. März fand in der Vertretung des Landes Baden-Württemberg bei der EU eine Veranstaltung zum Thema „LEADER 2014-2020 – Zukunftsorientierte Regionalentwicklung für die ländlichen Räume“ statt. Tenor war, dass sich das EU-Programm zur Entwicklung des ländlichen Raums LEADER auf der kommunalen Ebene bestens bewährt hat und breite Zustimmung genießt, auch wenn kleine Änderungen für die neue Förderperiode gewünscht sind. Von Seiten des Landes Baden-Württemberg ist entsprechend eine Stärkung dieses Bürgerbeteiligungsprozesses geplant. Bei den Verhandlungen auf EU-Ebene zeichnet sich jedoch eine geringere Mittelausstattung für LEADER ab...

Veranstaltungen, Seminare und Konferenzen

Ein Jahr Europäische Bürgerinitiativen

Die Möglichkeit der EU-Bürger eine Europäische Bürgerinitiative zu initiieren jährt sich kommende Woche. Auf einer Konferenz in der Brüsseler Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt wurden am 19. März in Kooperation mit Nichtregierungsorganisationen tauschten sich Initiatoren Europäischer Bürgerinitiativen mit Vertretern der EU-Kommission aus. Dabei wurde eine erste Bewertung des Instruments vorgenommen und Entwicklungschancen sowie Probleme diskutiert...

EU-Depeschen

- *Plenum befürwortet Verordnung zum Ausbau Transeuropäische Energienetze (TEN-E)*
 - *Weißbuch Pensionen – Beschäftigungsausschuss nimmt Initiativbericht an*
 - *Europäisches Parlament verabschiedet Energiefahrplan für 2050*
 - *EU-Kommission fordert den Zugang zur Bahninfrastruktur für Menschen mit Behinderungen*
 - *Vereinheitlichung des Zulassungsverfahrens für Kraftfahrzeuge auf EU-Ebene angestoßen*
 - *Neue gemeinsame Aktion zu psychischer Gesundheit und Wohlbefinden gestartet*
 - *Projektaufruf für das Programm „Jugend in Aktion“ – Aktion „Jugend in der Welt“*
 - *Wirtschaftsförderung – Aufruf zur Bewerbung um zwei Preise für Soziales Unternehmertum*
 - *Aufruf zur Teilnahme am Wettbewerb „generations@school“*
 - *Alternde Erwerbsbevölkerung – Studie zeigt Entwicklungsstand des Altersmanagements auf*
 - *Wahlrecht auf europäischer und kommunaler Ebene – Umfrageergebnisse veröffentlicht*
-

Europabüro der Bayerischen Kommunen
Europabüro der Baden-Württembergischen Kommunen
Europabüro der Sächsischen Kommunen

Brüssel Aktuell 12/2013

(22. – 29.03.2013)

Aus der Kommission

De-minimis-Beihilfen: 1. Entwurfsnovelle trägt Kommunalforderungen keine Rechnung

Am 20. März hat die EU-Kommission ihren ersten Vorschlag zur Überarbeitung der De-minimis-Verordnung 1998/2006 (vgl. Brüssel Aktuell 33/2006) veröffentlicht. Diesem vorausgegangen war eine erste öffentliche Konsultationsrunde im Sommer 2012 (vgl. Brüssel Aktuell 29/2012), in die sich auch deutsche Kommunalverbände eingebracht hatten. Indes zeichnet die erste Analyse des Vorschlags ein eher ernüchterndes Kommunalbild. So greift die Kommission bislang weder die kommunale Forderung nach Schwellenwerterhöhung auf, noch möchte sie von der oftmals nicht praxisgerechten Unterscheidung zwischen sog. transparenten und nichttransparenten Beihilfearten künftig Abstand nehmen. Vielmehr moniert sie die mangelhafte Informationslage hinsichtlich der tatsächlichen nationalen Beihilfenrealität und greift daher zu zentralistischen Lösungen. So soll künftig ausschließlich ein einheitliches De-minimis-Register statt der bislang ebenfalls möglichen dezentralen Ansätze gelten. Eine erneute Rückmeldung hierauf an die Kommission ist, gerade auch von kommunaler Praktiker-Seite, noch bis zum 15. Mai 2013 möglich...

EU-Depeschen

- *Elektronisches Amtsblatt der Europäischen Union ab 1. Juli rechtsverbindlich*
 - *Novellierung der ÖPNV-Verordnung – Berichterstattung im EU-Parlament bestimmt*
 - *Zahl der Verkehrstoten in der EU sinkt – Straßenverkehrssicherheit soll weiter verbessert werden*
 - *Stellungnahme der EU-Kommissare zum Weltwassertag*
 - *Start der Online-Plattform „Water Action Hub“*
-

Europabüro der Bayerischen Kommunen
Europabüro der Baden-Württembergischen Kommunen
Europabüro der Sächsischen Kommunen

Brüssel Aktuell 13/2013

(29.03. – 05.04.2013)

Aus der Kommission

Verordnungsvorschlag zur Reduzierung der Kosten des Breitbandausbaus

Die EU-Kommission hat am 26. März eine Verordnung über Maßnahmen zur Reduzierung der Kosten des Ausbaus von Hochgeschwindigkeitsnetzen für die elektronische Kommunikation vorgelegt. Nach dem Motto „Mit weniger Baustellen zu günstigeren Breitbandnetzen für alle“ möchte die zuständige Kommissarin Neelie Kroes (NL) bürokratische Hürden beseitigen und die Koordinierung von Bauarbeiten europaweit verbessern, um – von Studien belegt – ein Drittel der heute anfallenden Kosten zu sparen und das Ziel der EU-2020 Strategie (Digitale Agenda) rechtzeitig zu erreichen. Damit werden wohl zusätzliche Verwaltungslasten auf die zuständigen Behörden zukommen. Außerdem bestehen Zweifel bezüglich der Einhaltung des Subsidiaritätsgrundsatzes...

Kommissionsvorschläge für die Europawahlen 2014

In einer Mitteilung hat die EU-Kommission am 12. März ihre Empfehlungen für die Europawahlen 2014 veröffentlicht. Demnach sollen zukünftig die nationalen und europäischen politischen Parteien ihren Kandidaten für das Amt des Präsidenten der Europäischen Kommission benennen. Die nationalen Parteien sollen in den Wahlunterlagen ihre Zugehörigkeit zu einer europäischen politischen Partei kenntlich machen...

Grünbuch zum klima- und energiepolitischen Rahmen bis 2030 vorgelegt

Noch kurz vor Ostern präsentierte die EU-Kommission am 27. März gemeinsam mit einem Grünbuch „Ein Rahmen für die Klima- und Energiepolitik bis 2030“ den ersten Fortschrittsbericht Erneuerbare Energien sowie die konsultative Mitteilung zur Zukunft der CO₂-Abscheidung und -Speicherung in Europa. Ziel der Konsultation zum Grünbuch ist es, Meinungen und Hinweise öffentlicher Behörden, der betroffenen Industriezweige (z. B. energieintensive Industrie) und anderer interessierter Kreise noch bis zum 2. Juli 2013 einzuholen, um über die Zwischenschritte bis 2030 für das Klimaziel 2050 zu diskutieren...

Aus dem Ausschuss der Regionen

Fachkommission entwirft Stellungnahme zur lokalen Selbstverwaltung in der EU

Auf der bevorstehenden 100. Plenartagung des Ausschusses der Regionen (AdR) am 11. und 12. April 2013 soll die Initiativstellungnahme mit dem Titel „Dezentralisierung in der Europäischen Union und der Platz der lokalen und regionalen Selbstverwaltung in der Politikgestaltung und -umsetzung der EU“ verabschiedet werden. Einzuordnen ist der Vorstoß unter Berichterstatter Franz Schausberger (A, EVP) in die langjährigen Bemühungen des AdR, aufbauend auf seinem entsprechenden Weißbuch aus 2009 (vgl. zuletzt Brüssel Aktuell 7/2012), dem politischen Konzept des Mehrebenen-Regierens schrittweise zur gelebten Verfassungswirklichkeit in Brüssel zu verhelfen. Folglich stellt der bisherige Entwurf der Stellungnahme der Fachkommission für Unionsbürgerschaft, Regieren, institutionelle Fragen und Außenbeziehungen (CIVEX), dem auch der baden-württembergische Landkreistagspräsident und Landrat im Hohenlohekreis, Helmut M. Jahn (EVP), angehört, eine kompakte Übersicht über den Dezentralisierungsstand in der EU sowie ein Plädoyer für ein Mehr an regionaler und kommunaler Selbstverwaltung dar...

EU-Depeschen

- *Kommunale Abwasserentsorgung in Belgien – Erneutes Vertragsverletzungsverfahren*
 - *Brüssel unter den Finalisten im Wettbewerb um den Titel „Grüne Hauptstadt Europas 2015“*
 - *Regionalpolitik – Eurostat veröffentlicht regionales BIP pro Kopf für das Jahr 2010*
 - *Konsultation zum Grünbuch „langfristige Finanzierung der europäischen Wirtschaft“*
 - *Förderung von Projekten nachhaltiger städtischer Mobilität durch die EU-Kommission*
 - *EU-Kommission sucht Experten für nachhaltigen Stadtverkehr und Energieeffizienz*
 - *Vorläufiger Endbericht zu den Kriterien für das Ende der Abfalleigenschaft von Plastik*
 - *Diskussion in Brüssel zum Europäischen Ausweis für Menschen mit Behinderung*
 - *Das Europäische Jahr der Bürgerinnen und Bürger 2013 – Veranstaltungshinweise*
 - *Deutsche Finanzausgleichssysteme – Veranstaltung zur Europäischen Solidaritätsunion*
-

Europabüro der Bayerischen Kommunen
Europabüro der Baden-Württembergischen Kommunen
Europabüro der Sächsischen Kommunen

Brüssel Aktuell 14/2013

(05. – 12.04.2013)

Aus der Kommission

Konferenz zur Vervollständigung des Energiebinnenmarktes

Am 8. April fand eine von der EU-Kommission veranstaltete Konferenz zur Vervollständigung des europäischen Energiebinnenmarktes statt. Ziel war es, die Hauptschwierigkeiten beim Ausbau des Energiebinnenmarktes zu identifizieren sowie die aktuelle Situation zu beschreiben und künftige Herausforderungen zu benennen. Ein besonderer Schwerpunkt wurde auf den Nutzen gelegt, den Endverbraucher durch einen vervollständigten Energiebinnenmarkt erhalten sollen. Auf der Konferenz sprach u. a. Energiekommissar Günther Oettinger (D) über zukünftige Herausforderungen...

Aus dem Gerichtshof

UVP: Schadensersatzanspruch für Einzelpersonen nicht ausgeschlossen

Mit Urteil in der Rechtsache „Leth“ (C-420/11) zur Umweltverträglichkeitsprüfung (im Folgenden UVP) bestätigte die Vierte Kammer des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) am 14. März die Klagebefugnis von Einzelpersonen bei einer unterlassenen UVP. Ein individueller Schadensersatzanspruch besteht im konkreten Fall zwar nicht. Nach dem EuGH schließt der Schutzzweck Vermögensschäden jedoch nicht generell aus. In einem weiterem Urteil vom 21. März in der Rechtsache „Salzburger Flughafen GmbH“ (C-244/12) knüpft der EuGH bei der Frage, wann eine UVP nötig ist, an die früheren Kriterien an. Dabei beruft sich der EuGH auf die generelle Intention der Richtlinie, die alle möglichen erheblichen Umweltauswirkungen erfasst. Zur Frage, ob die unmittelbare Anwendung der Richtlinie trotz Auswirkungen auf Dritte, hier die Salzburger Flughafen GmbH, möglich ist, stellt der EuGH klar, dass hier keine horizontale Drittwirkung vorliegt...

EU-Depeschen

- *Erste Schritte der EU-Kommission zum Fitnesscheck der EU-Abfallgesetzgebung*
- *Kommunale Abfallwirtschaft – Europäische Umweltagentur präsentiert Analyse*
- *Konsultation zu staatlichen Beihilfen im Fischereisektor*
- *Zweite Runde des NER300-Förderprogramms angelaufen – Klimateffiziente Technologien*
- *Europäisches Bürgerbegehren – Alles Gute zum 1. Geburtstag*
- *EU-Kommission veröffentlicht Leitfaden zu sozialer Innovation*
- *Erster Fortschrittsbericht zur Donauraumstrategie veröffentlicht*
- *EuGH-Urteil zu Gaspreis-Anpassungsklauseln bei Sondertarifen stützt Verbraucherposition*
- *Weiterbildungsmöglichkeit für öffentlich Bedienstete und Studenten – Sommerschule in Italien*
- *Terminvormerkung und Wettbewerb für EU-Kommunikationsprojekt auf der „EuroPCom“ im Oktober 2013*

Europabüro der Bayerischen Kommunen
Europabüro der Baden-Württembergischen Kommunen
Europabüro der Sächsischen Kommunen

Brüssel Aktuell 15/2013

(12. – 19.04.2013)

Aus dem Parlament

Ausschuss für Wirtschaft und Währung diskutiert EU-Beihilferecht im Verkehrsbereich

Am 11. April prüfte der Ausschuss für Wirtschaft- und Währung (ECON) des EU-Parlaments den Bericht des Abgeordneten Herbert Dorfmann (EVP, I) vom 19. März zum Kommissionsvorschlag vom 5. Dezember für eine Verordnung des Rates zur Änderung der sog. Ermächtigungsverordnung (Verordnung (EG) Nr. 994/98 des Rates vom 7. Mai 1998 über die Anwendung der Art. 92 und 93 EGV auf bestimmte Gruppen horizontaler Beihilfen) und der sog. ÖPNV-Verordnung (Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2007 über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße). Dabei wurde das Demokratiedefizit bemängelt, das durch den Kommissionsvorschlag evident wird...

Studie über gemeinsame Unions-Werte nach dem Protokoll Nr. 26 des Lissabon-Vertrags

Im Rahmen eines Treffens der Intergruppe „Öffentliche Dienstleistungen“ des Europäischen Parlaments (siehe Brüssel Aktuell 2/2010) am 9. April stellte Pierre Bauby (F), Professor für Politikwissenschaften an der Universität Paris VIII und Berater im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA), eine Studie mit dem Titel „Erbringung hochwertiger öffentlicher Dienste in Europa auf Grundlage der Werte des Protokolls Nr. 26 des Vertrags von Lissabon“ vor. Diese wurde im Auftrag der Europäischen Union Unabhängiger Gewerkschaften („Confédération Européenne des Syndicats Indépendants“, kurz: CESI) mit der Unterstützung der gemeinnützigen Vereinigung „Reconstruire l’action publique“ (RAP) durchgeführt, deren Zielsetzung die Beteiligung an der Neugründung und Förderung des öffentlichen Handelns auf allen Ebenen ist. Ergebnis der Untersuchung ist u. a., dass das mit dem Vertrag von Lissabon (siehe Brüssel Aktuell 41/2009) eingeführte Protokoll Nr. 26 (sog. „Daseinsvorsorge-Protokoll“) integraler Bestandteil des Lissabon-Vertrags ist sowie zwischen Art. 14 AEUV und dem Protokoll Nr. 26 ein untrennbarer Zusammenhang besteht...

Aus der Kommission

Ein Ticket in ganz Europa – Workshop „Verkehrsplanung und Informationsservice“

Am 16. April lud die EU-Kommission alle an der Verkehrsplanung beteiligten Akteure (Besteller, Verkehrsunternehmer, Mobilfunkbetreiber und staatliche Behörden) ein, um in einem ganztägigen Workshop über die Realisierung eines europaweit gültigen Tickets und einer Echtzeitauskunft für alle Verkehrsmittel (Bahn, Flugzeug, Schiff, Auto, Rad, Fußgänger) zu diskutieren. Dies ist ein weiterer Schritt bei der Verwirklichung eines einheitlichen europäischen Verkehrsraumes (vgl. Brüssel Aktuell 13/2011)...

Aus dem Wirtschafts- und Sozialausschusses

Brüssel – Stadt der Bienen

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) und der Europäische Ausschuss der Regionen (AdR) sind zum Honigproduzenten geworden. Seit Mai 2012 befinden sich auf dem Dach dieser Institutionen zwei Bienenvölker. Dabei steht nicht die Honigproduktion im Vordergrund, sondern der Einsatz für die Stadtbienen und das symbolische Zeichen im Kampf gegen das Bienensterben. Bei einer Veranstaltung am 10. April mit dem Titel „Brüssel – Stadt der Bienen“ wurde die Bedeutung dieses Projekts durch den Präsidenten des Wirtschafts- und Sozialausschusses, Staffan Nilsson, herausgestellt und über die Erfahrungen mit einem Jahr Bienen berichtet...

EU-Depeschen

- *Aufruf zur Teilnahme am Wettbewerb um „Papierrecycling-Preis 2013“*
- *EU-Regionalpolitik – Online-Umfrage zur Kommissionswebseite*
- *Trilog-Ende: Prioritäre Stoffe & Weiterverwendung der Informationen des öffentlichen Sektors*
- *Erhöhte Eigenkapitalanforderungen für Banken – Plenum verabschiedet Basel III*
- *Eine Industriepolitik für das Zeitalter der Globalisierung – die Rolle der Regionen und Städte*
- *EU-Verkehrspolitik – Mega-LKWs, so genannte Gigaliner sollen aerodynamischer werden*
- *Elektronische Auftragsvergabe – EU-Kommission veröffentlicht „Goldenes Buch“*
- *Europa 2020-Bildungsziele – ein Zwischenstand*
- *EuGH – Definition des Begriffs der Behinderung*

Europabüro der Bayerischen Kommunen
Europabüro der Baden-Württembergischen Kommunen
Europabüro der Sächsischen Kommunen

Brüssel Aktuell 16/2013

(19. – 26.04.2013)

Aus dem Parlament

Umweltausschuss positioniert sich zum 7. Umweltaktionsprogramm

Am 24. April stimmten die Mitglieder des Ausschusses für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit über den Berichtsentwurf „über ein neues allgemeines Umweltaktionsprogramm der Europäischen Union für die Zeit bis 2020: Gut leben innerhalb der Belastbarkeitsgrenzen unseres Planeten“ ab (siehe zuletzt Brüssel Aktuell 44/2012). Darin positionieren sich die EU-Abgeordneten des Umweltausschusses zur EU-Umweltpolitik und -rechtsetzung (Abfall, Klima und Energie, Land- und Forstwirtschaft, Ressourceneffizienz, Wasser u.v.m.) für die Zeit bis 2020 und formulieren ihre Vorstellung einer ambitionierten aber realistischen Vision für das Jahr 2050. Der Berichtsentwurf wurde mit 49 „Ja“- und fünf „Nein“-Stimmen sowie zwei Enthaltungen mit großer Mehrheit angenommen...

Aus der Kommission

Europäische Innovationspartnerschaft – Workshop zum Thema „Gebrechlichkeit“

Am 18. April veranstaltete die EU-Kommission, Generaldirektion Gesundheit und Verbraucher, eine hochrangige Konferenz mit dem Titel „Gebrechlichkeit im Alter, ein Anliegen der öffentlichen Gesundheitspflege auf EU-Ebene“ („Frailty in old age, a public health concern at EU level“). Ziel der Konferenz sei es, so Tonio Borg (M), EU-Kommissar für Gesundheit und Verbraucher, den v. a. wissenschaftlich gesicherten Stand der Dinge im Bereich der Gebrechlichkeit, Mangelernährung und funktioneller Beeinträchtigung im Alter zusammenzutragen, den weiteren Forschungsbedarf abzuleiten und Handlungsempfehlungen zu geben, an denen sich die Entscheidungsprozesse auf EU-Ebene orientieren sollen. Die Konferenz bot gleichzeitig einen Einblick in die Funktions- und Arbeitsweise der Europäischen Innovationspartnerschaft (EIP) aktives und gesundes Altern (vgl. zuletzt Brüssel Aktuell 2/2013 sowie 14/2012)...

Aus den Regionen

Umsetzung der europäischen Strukturförderung 2014-2020 in den Regionen

Mit Blick auf die Förderperiode 2014-2020 fand am 9. April im EU-Parlament unter Schirmherrschaft der früheren Oberbürgermeisterin von Bingen am Rhein und jetzigen MdEP, Birgit Collin-Langen (EVP), ein erster Erfahrungsaustausch zum gegenwärtigen Umsetzungsstand in den „EU-Regionen“ Baden-Württemberg und Hessen statt. Auf Initiative der jeweiligen Brüsseler Europabüros dienten dabei als Anschauungsbeispiele die Vorbereitungsprozesse der Regionalverbände Stuttgart und FrankfurtRheinMain. Dabei wurde deutlich, dass die Aktivitäten vor Ort bereits im vollen Gang sind, während die finalen EU-Beschlüsse (vgl. zuletzt Brüssel Aktuell 8/2013) wohl frühestens nach der Sommerpause 2013 gefasst werden...

EU-Depeschen

- *Verkehrsausschuss zu europäischem Mautdienst und Vignettensystem für PKW*
- *Kommissionsbericht: Deutschland gehört zu den führenden Investoren in intelligente Stromnetze*
- *Sozialer Dialog – Kommission veröffentlicht Bericht*
- *Umfassendes Info-Portal zur EU-Strategie für den Donauraum eingerichtet*
- *EU-weite Studie zur IKT-Nutzung – mehr digitale Kompetenz in Schulen empfohlen*
- *Bildungsstudie – Migrantenkinder*
- *Mehr Energieeffizienz für europäische Städte und Bürger*
- *Europäischer Ombudsman zu Wegen der Bürgerbeteiligung*
- *Abschlusskonferenz: Städte und Bioenergie mit Kraftwärmekopplung*
- *„RegioStars“ Awards 2014: Neue Frist zur Einreichung der Bewerbungen ist der 30. April 2013*

Europabüro der Bayerischen Kommunen
Europabüro der Baden-Württembergischen Kommunen
Europabüro der Sächsischen Kommunen

Brüssel Aktuell 17/2013

(26.04. – 03.05.2013)

Aus der Kommission

Befreiung von Beglaubigungserfordernis für Urkunden anderer EU-Staaten vorgeschlagen

Die Kommission hat am 24. April einen Verordnungsvorschlag vorgelegt, wonach Bürger und Unternehmen nicht mehr dazu angehalten sein sollen, einen Echtheitsnachweis für bestimmte öffentliche Urkunden aus anderen Mitgliedstaaten zu erbringen (vgl. Brüssel Aktuell 06/2011). Zudem sollen nicht beglaubigte Kopien bei gleichzeitiger Vorlage des Originals sowie grundsätzlich auch nicht beglaubigte Übersetzungen dieser Urkunden anerkannt werden. Der Vorschlag beinhaltet ferner die Bereitstellung mehrsprachiger EU-Formulare und sieht zur wirksamen Betrugsbekämpfung eine Verbesserung der Verwaltungszusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten vor. Er sei als wichtiger Schritt in Richtung Bürokratieabbau, Bürgerfreundlichkeit sowie zur Erleichterung der Wahrnehmung der Freizügigkeit wie auch der Niederlassungsfreiheit zu werten...

Aus dem Gerichtshof

UVP von B-Plänen – unzulässige Kombination der §§ 13a, 214 Abs. 2a Nr. 1 BauGB

Im Urteil „L gegen M“ (C-463/11) beschäftigt sich der EuGH mit der Rechtswirksamkeit eines Bebauungsplans, der ohne Umweltverträglichkeitsprüfung (im Folgenden UVP) aufgestellt wurde. Im Gegensatz zu der in Brüssel Aktuell 14/2013 beschriebenen Entscheidung ging es nicht um die Ansprüche des Einzelnen nach einer fehlenden UVP, sondern um die Wirksamkeit von Bebauungsplänen bei fehlender UVP. Dabei bestätigte der EuGH grundsätzlich den § 13a BauGB. Die Umsetzung der Richtlinie 2001/42/EG in § 13a BauGB stelle eine zulässige Ausnahme von der Pflicht zur UVP dar, sofern die Voraussetzungen der Innenentwicklung tatsächlich vorliegen, ergo keine Auswirkungen auf die Umwelt zu erwarten sind. Um jedoch das Ziel der Richtlinie 2001/42/EG, die Förderung der nachhaltigen Entwicklung und ein hohes Umweltschutzniveau, zu gewährleisten, sei die nationale Kombination der §§ 13a, 214 Abs. 2a Nr.1 BauGB nicht zulässig...

Veranstaltungen, Seminare und Konferenzen

Großeltern bei der Kinderbetreuung - Trends und Unterstützungsangebote in Europa

Am 24. April lud der österreichische Europaabgeordnete Heinz K. Becker (EVP) gemeinsam mit Eurochild, dem europäischen Kinderschutz-Bund, zu einem Runden Tisch im Europäischen Parlament, um aus EU-Perspektive zu erörtern, welche Chancen ein gutes Verhältnis zwischen Großeltern und Enkelkindern bietet. Insgesamt gesehen kommt nach Einschätzung der Referenten aus EU-Kommission und zuständigen EU-Interessensverbänden Großeltern sowohl als physische Betreuer wie auch als mentale Förderer der Enkelkinder eine unschätzbare Rolle zu. Sie helfen somit nicht nur in finanziellen Notlagen der Eltern, sondern bieten auch Unterstützung bei immateriellen, familiären Problemen...

Veröffentlichungen im Amtsblatt der Europäischen Union

In den vergangenen Wochen gab es folgende kommunalrelevante Veröffentlichungen im Amtsblatt der Europäischen Union...

EU-Depeschen

- *Zentraler Projektauftrag für das Programm „Jugend in Aktion“ – Aktion 4.5*
- *Wettbewerb zur Auszeichnung innovativer Stadt- und Regionalplanungsinitiativen*
- *Integration der Roma – Interaktive Karte mit Kommunen*
- *Verkehrsausschuss beschäftigt sich mit einheitlichem Zulassungsverfahren*
- *Ausschuss für Konstitutionelle Fragen behandelt Verordnung zu europäischen Parteien*
- *Energiepolitik – Anteil erneuerbarer Energien in der EU 2011 bei 13 %*
- *Europarat ehrt Kommunen für ihr Europaengagement*

Europabüro der Bayerischen Kommunen
Europabüro der Baden-Württembergischen Kommunen
Europabüro der Sächsischen Kommunen

Brüssel Aktuell 18/2013

(03. – 10.05.2013)

Aus der Kommission

Novellierter Auslegungsleitfaden zum EU-Wettbewerbsrecht

Mit deutlicher Verzögerung hat die EU-Kommission am 29. April die deutschsprachige Version des ursprünglich bereits auf Mitte Februar 2013 (vgl. zuletzt Brüssel Aktuell 7/2013) datierten Auslegungsleitfadens zur Anwendung des EU-Wettbewerbsrechts auf Dienstleistungen im Bereich der Daseinsvorsorge veröffentlicht. Das nunmehr 118 Seiten umfassende Kompendium, das seinen rechtlichen Schwerpunkt abermals auf das EU-Vergabe- und Beihilfewesen legt und sich inhaltlich den sog. Diensten von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (DAWI), insbesondere im sozialen Bereich, widmet, stellt die Fortschreibung eines 2007 erstmalig zusammengestellten und 2010 überarbeiteten Fragen-und-Antworten-Katalogs dar. Notwendig geworden war die abermalige Novellierung im Lichte der letztjährigen sog. Almunia-Reform (vgl. Brüssel Aktuell 1/2012). Die Hoffnung, dass sich durch die 2. Aktualisierung die „Leitfaden“-Funktion nunmehr tatsächlich entfaltet, wird allerdings im Ergebnis erneut deutlich geschmälert. So reklamiert das reine „Arbeitsdokument“ mit Blick auf die in Teilen nur vereinfacht dargestellte Gesetzeslage und das jeweilige EuGH-Einzelfall-Recht auch dieses Mal explizit eine Rechtsunverbindlichkeit für die Kommission als EU-Organ...

Konferenz zur EU Strategie zur Anpassung an den Klimawandel

Die Umweltkommissarin Connie Hedegaard (DK) betonte am 29. April bei einer Konferenz zur Vorstellung der EU Klimaanpassungsstrategie, dass jetzt gehandelt werden muss und alle Ebenen und damit auch die Kommunen dazu beitragen müssen. Dabei wird angestrebt, dass in allen Mitgliedsstaaten ein Klimaaktionsplan erlassen wird. Am 16. April hat die Kommission dazu ein Paket mit der Anpassung an den Klimawandel und dem Grünbuch über Versicherung von Naturkatastrophen veröffentlicht...

Aus dem Gerichtshof

Urteil zum flämischen Grundstücks- und Immobiliendekret – „Einheimischenmodell“

Am 8. Mai hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) das Urteil in den verbundenen Rechtssachen C-197/11 (Libert u. a.) und C-203/11 (All Projects & Developments u. a.) im Vorabentscheidungsverfahren zum flämischen Grundstücks- und Immobiliendekret aus dem Jahr 2009 gefällt und folgte damit den Schlussanträgen des Generalanwalts (siehe Brüssel Aktuell 35/2012). Das Verfahren betrifft den Grundstücks- und Immobilienerwerb in Flandern und ist für den weiteren Verlauf des derzeit ausgesetzten Vertragsverletzungsverfahrens gegen deutsche/bayerische Einheimischenmodelle (siehe Brüssel Aktuell 23/2010) von Bedeutung. Das Urteil ist aus kommunaler Sicht grundsätzlich positiv, da es ermöglicht, Kriterien der Sozialwohnungspolitik, die darauf zielen, die Wohnbedürfnisse der weniger begüterten Bevölkerung zu sichern, nach dem EU-Recht für den Grundstückskauf und Wohnungsbau in den Kommunen zuzulassen...

Veranstaltungen, Seminare und Konferenzen

Demografie Forum: Investitionen für die demografische Zukunft Europas

Am 6. und 7. Mai fand das vierte von der Kommission organisierte Demographie Forum statt. Diesmal unter dem Titel „Investitionen für die demografische Zukunft Europas“. Anknüpfend an das im Februar von der Kommission veröffentlichte Sozialinvestitionspaket (vgl. Brüssel Aktuell 8/2013) wurde über notwendige Maßnahmen diskutiert, um den demografischen Wandel aufzuhalten. Diesmal unter dem Blickwinkel, dass gerade in der Krise Investitionen in die soziale Infrastruktur notwendig sind, um global wettbewerbsfähig zu bleiben. Dabei lag der Fokus auf der Frage, wie trotz des demografischen Wandels Arbeitskräfte für den Markt gewonnen werden können, welche Faktoren sich diesbezüglich ändern müssen und wie eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf für beide Geschlechter möglich ist...

EU-Förderprogramme

Vorbereitende Maßnahme „Europäische Partnerschaften im Bereich des Sports“

Die EU-Kommission forderte am 26. April öffentliche Einrichtungen und gemeinnützige Organisationen (EU-Amtsblatt C-120/08) zur Einreichung von Projektvorschlägen zur Umsetzung der vorbereitenden Maßnahme „Europäische Partnerschaften im Bereich des Sport“ auf (siehe zuletzt Brüssel Aktuell 16/2012). Damit sollen transnationale Sportprojekte in den Bereichen Good Governance und duale Laufbahnen im Sport, Schutz der Sportlerinnen und Sportler vor Gefahren für Gesundheit und Sicherheit sowie der Förderung der traditionellen europäischen Sportarten und Wettkämpfe, finanziell gefördert werden. Anträge können bis zum 19. Juli 2013 bei der EU-Kommission eingereicht werden...

EU-Depeschen

- *Durchbruch für die Bürgerinitiative „Wasser ist ein Menschenrecht“*
- *Regionalpolitik – stockende Trilogverhandlungen über die Zukunft der Kohäsionspolitik*
- *ÖPNV-Verordnung 1370/2007 und beihilferechtliche Ermächtigungsverordnung*
- *Barrierefreier Zugang zu Websites öffentlicher Stellen*
- *Broschüre „Finanzielle Bildung für alle“ des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses*

Europabüro der Bayerischen Kommunen
Europabüro der Baden-Württembergischen Kommunen
Europabüro der Sächsischen Kommunen

Brüssel Aktuell 19/2013

(10. – 17.05.2013)

Aus dem Parlament

Abstimmung im Beschäftigungsausschuss: Initiativbericht zum sozialen Wohnungsbau

Bereits am 23. April stimmten die Mitglieder des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten des Europäischen Parlaments dem Initiativbericht der französischen EU-Abgeordneten Karima Delli (GRÜNE, FEA) „über den sozialen Wohnungsbau in der Europäischen Union“ zu. Da im Bereich des sozialen Wohnungsbaus die Kompetenzen auf EU-Ebene nur gering ausgeprägt sind, wollten die Ausschussmitglieder eine einstimmige und progressive Haltung für eine EU-Politik für den sozialen Wohnungsbau zum Ausdruck bringen. Dies erscheint allerdings aufgrund des Abstimmungsergebnisses (24 „Ja“-Stimmen, 3 „Nein“-Stimmen, 16 Enthaltungen) fraglich...

Aus der Kommission

Strategie zur Grünen Infrastruktur angekündigt

Die Europäische Kommission hat am 6. Mai eine Mitteilung zur „Grünen Infrastruktur (GI) – Aufwertung des europäischen Naturkapitals“ veröffentlicht. Ziel dieser Strategie ist es, dass die Natur in der Raumplanung ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Nutzen erbringt. Das Naturkapital soll geschützt werden und anstelle von „grauer“ Infrastruktur vermehrt auf natürliche Ansätze bei der Nutzung von Ökosystemdienstleistungen gesetzt werden...

Aus dem Ausschuss der Regionen

Die Rolle der Regionen und Städte in der Krise

Der Ausschuss der Regionen (AdR) und die Europäische Investitionsbank (EIB) luden am 13. Mai zur Veranstaltung „Investieren in die Regionen und Städte Europas“ ein. Die Debatte ging insbesondere der Frage nach, wie diese Akteure trotz der schlechten Finanzlage noch investieren können und welche Rolle dabei der Mehrjährige Finanzrahmen der EU 2014 – 2020 (siehe Brüssel Aktuell 11/2013) spielt...

EU-Förderprogramme

EU-Programm Lebenslanges Lernen – Aufruf zur Einreichung von Vorschlägen

Am 25. April veröffentlichte die Europäische Kommission im Amtsblatt (C 118/27) eine Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen im Rahmen des Förderprogramms für Lebenslanges Lernen (vgl. Brüssel Aktuell 29/2012). Ziel des Aufrufs ist die Förderung der europäischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung. Die EU stellt hierfür Finanzmittel in Höhe von 4 Mio. € zur Verfügung. Anträge können bis zum 16. September 2013 eingereicht werden...

Sonstiges

Luftqualität: Studien zu den Gesundheitsauswirkungen veröffentlicht

Die Europäische Umweltagentur (EUA) sowie die Weltgesundheitsorganisation (WHO) veröffentlichten kürzlich zwei Berichte, die sich mit den Gesundheitseffekten der Luftqualität beschäftigen (siehe Brüssel Aktuell 5/2013). Die Ergebnisse bzw. Zwischenberichte sind weitere wichtige Bestandteile für den Überarbeitungsprozess der EU-Luftqualitätspolitik. Außerdem ist es noch bis zum 31. Mai 2013 möglich, sich an einer Studie der WHO zu Gesundheitsrisiken der Luftverschmutzung in Europa zu beteiligen...

EU-Depeschen

- *Zwei deutsche Verwaltungen unter den Finalisten für Europäischen Innovationspreis*
- *Konferenz zum Fünften Europäischen Fußgängertag*
- *Neue Internetpräsenz des EU-Projekts „CityMobil2“*
- *EU-Förderung von Kommunalpartnerschaftsprojekten ab 2014 – Seminar in Karlsruhe*
- *Finalisten des Europäischen Wettbewerbs „Sozialinnovation“ bekanntgegeben*
- *Energieeinsparen mit dem 50/50-Konzept für Schulen und Schulträger*

Europabüro der Bayerischen Kommunen
Europabüro der Baden-Württembergischen Kommunen
Europabüro der Sächsischen Kommunen

Brüssel Aktuell 20/2013

(17. – 24.05.2013)

Aus der Kommission

EU-Bericht über die Unionsbürgerschaft 2013

Die Europäische Kommission hat am 8. Mai ihren „Bericht über die Unionsbürgerschaft 2013 – Rechte und Zukunft der Bürgerinnen und Bürger der EU“ veröffentlicht. Darin listet sie Erfolge sowie bestehende Herausforderungen und Hindernisse bei der Wahrnehmung der Unionsbürgerrechte auf. Sie leitet daraus zwölf teils die Kommunalverwaltungen betreffende Maßnahmen ab, welche sie für die Durchsetzung der Unionsbürgerrechte in sechs Schlüsselbereichen voranbringen möchte. Die angekündigten Maßnahmen zielen darauf ab, 1. die Ausbildung und Beschäftigung in einem anderen Mitgliedstaat zu erleichtern, 2. übermäßige Bürokratie bei der Wahrnehmung der Grundfreiheiten abzubauen, 3. schwachen Bevölkerungsgruppen EU-weit Schutz zu gewähren, 4. Schwierigkeiten beim grenzübergreifenden Einkauf auszuräumen, 5. für gezielte und leicht zugängliche Informationen über die EU zu sorgen und 6. die Teilnahme am demokratischen Leben in der EU zu fördern...

EU-Förderprogramme

EU-Programm „Drogenprävention und -aufklärung“ – Aufruf 2013

Die Europäische Kommission veröffentlichte kürzlich den jährlichen Aufruf zur Einreichung von Vorschlägen für das EU-Programm „Drogenprävention und -aufklärung“ (siehe Brüssel Aktuell 05/2012). Es werden transnationale Projekte unterstützt, die einen Beitrag zur Förderung der Umsetzung des immer noch aktuellen EU-Drogenaktionsplans 2009-2012 leisten. Das vorläufige Gesamtbudget für projektbezogene Finanzhilfen beträgt 2,6 Mio. €. Projektanträge können bis zum 11. Juli 2013 eingereicht werden...

Veranstaltungen, Seminare und Konferenzen

Brüsseler Diskussion zu Luftqualität und Klimawandel

Am 21. März veranstalteten verschiedene Umwelt-NGOs in der Landesvertretung Niedersachsen bei der EU einen Workshop mit dem Titel „Air Quality and Climate Change Policies – Seperate or Joint Challenges?“ (siehe zuletzt Brüssel Aktuell 19/2013). Der Workshop versuchte näher zu bestimmen, ob ein Bedarf für einen integrierten Politikansatz besteht, welches Potenzial ihm innewohne und welche Herausforderungen damit verbunden seien. Die Diskussion wird im Rahmen einer weiteren Veranstaltung während der sog. „Grünen Woche“ („Green Week“, siehe in englischer Sprache unter <http://greenweek2013.eu/>), die sich in diesem Jahr dem Thema Luftqualität widmet, fortgesetzt werden...

Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit – duale Berufsausbildung als Lösungsansatz

Am 14. Mai fand in der Vertretung des Landes Hessen bei der EU in Brüssel eine Podiumsdiskussion zum Thema „Duale Berufsausbildung – Königsweg aus der Jugendarbeitslosigkeit?“ statt. Diskutiert wurde, ob die duale Berufsausbildung der Jugendarbeitslosigkeit (vgl. Brüssel Aktuell 1/2013) entgegenwirken könne, inwiefern sich das Modell übertragen lasse und welche Rolle der EU in diesem Prozess zukomme...

Migration in Europa – Brüsseler Dialog zu den unterschiedlichen Facetten von Migration

In der ersten Maihälfte fanden in Brüssel vier Veranstaltungen zum Thema Migration von verschiedenen Nichtregierungsorganisationen in Zusammenarbeit mit verschiedenen EU-Institutionen statt. 3 Mio. Menschen überschreiten laut Eurostat jährlich die Grenzen der EU, um sich in einem Mitgliedstaat niederzulassen. Davon entfallen 1,6 Mio. auf Drittstaatenangehörige außerhalb der EU und 1,4 Mio. auf Binnenmigration. Die irreguläre Migration ist in diesen Zahlen nicht beinhaltet. Aufgrund der offenen Grenzen zwischen den EU-Ländern und den gemeinsamen Chancen und Herausforderungen, die sich für die Mitgliedstaaten durch Einwanderung ergeben, ist Migration ein europäisches Thema geworden. Auf den vier Veranstaltungen wurden die verschiedenen Aspekte der Migration in Europa behandelt und mehrere Programme rund um das Thema vorgestellt...

EU-Depeschen

- *Abstimmung zur ÖPNV-Verordnung und beihilferechtlicher Ermächtigungsverordnung*
 - *Straßenverkehrssicherheit – delegierte Rechtsakte zu intelligenten Informationssystemen*
 - *Wettbewerb für barrierefreie Städte gestartet*
 - *Plenum verabschiedet Weißbuch Pensionen – SOLVABILITÄT-II für Betriebsrenten abgelehnt*
 - *EU-Abgeordnete bestätigen Vorverlegung der Europawahl*
 - *Neues EU-Zentrum für Katastrophenhilfe in Brüssel*
 - *Comenius – Studie zu zentralisierten Aktionen veröffentlicht*
 - *Neuer EU-Bericht zur Qualität von Badegewässern in Europa*
 - *Gesellschaftstheater zur Überwindung der Krise*
-

Europabüro der Bayerischen Kommunen
Europabüro der Baden-Württembergischen Kommunen
Europabüro der Sächsischen Kommunen

Brüssel Aktuell 21/2013

(24. – 31.05.2013)

Aus dem Europäischen Rat

Eine Europäische Energiepolitik – Leitlinien für vier Bereiche

Am 22. Mai verabschiedeten die Staats- und Regierungschefs der EU Leitlinien, die den Grundstein zu einer gemeinsamen europäischen Energiepolitik legen sollen (vgl. Brüssel Aktuell 5/2011). Grundsätzlich – so ist den Leitlinien zu entnehmen – wird die Europäische Energiepolitik am Wettbewerbsgedanken ausgerichtet, die Klimaschutzziele werden im Vergleich hierzu in den Leitlinien nachrangig behandelt. Die Leitlinien wurden für folgende vier Bereiche vereinbart: vordringliche Vollendung eines uneingeschränkt funktionierenden und vernetzten Energiebinnenmarkts, Erleichterung der erforderlichen Investitionen in den Energiebereich, Diversifizierung der Lieferquellen Europas und bessere Energieeffizienz...

Aus der Kommission

Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung: Konsultation zum 1. Novellierungsentwurf

Die EU-Kommission hat jüngst ihren Konsultationsprozess zur laufenden Überarbeitung der sog. Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung (AGVO) für EU-Beihilfen fortgesetzt (vgl. zuletzt Brüssel Aktuell 26/2012). So liegt seit Anfang Mai ein erster Entwurf zur Novellierung der ursprünglichen Verordnung aus 2008 vor, die zum 31. Dezember dieses Jahres auslaufen wird. Dies nimmt die Kommission zum Anlass, um den Behörden und den betroffenen Wirtschaftsbeteiligten noch klarere Regeln an die Hand zu geben, die diese ab 2014 bei der Festlegung ihrer Politik und der Ausarbeitung der Beihilfemaßnahmen zugrunde legen sollen. Bis zur Konsultationsfrist am 28. Juni 2013 können sich betroffene Kreise noch mit Stellungnahmen zum Erstentwurf in den Diskussionsprozess einbringen...

Förderprogramme

Aufruf zum Förderprogramm „Öko-Innovation“

Am 27. Mai veranstaltete die Exekutivagentur für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (EACI) der Europäischen Kommission eine Informationsveranstaltung anlässlich ihres Mitte Mai veröffentlichten Aufrufes zur Einreichung von Vorschlägen für das Förderprogramm „Öko-Innovation“ (vgl. Brüssel Aktuell 19/2012). Der Aufruf richtet sich insbesondere an Kleinst-, Klein- und Mittlere Unternehmen (KMUs). Das Programm „Öko-Innovation“ kofinanziert bis zu 50 % der Gesamtkosten für eine Projektdauer von bis zu drei Jahren. Entsprechende Vorschläge können bis zum 5. September 2013 eingereicht werden...

Veranstaltungen, Seminare und Konferenzen

EU-Konzessionsrichtlinie: Expertendiskussion zur Betroffenheit des Wassersektors

Am 27. Mai fand in der Brüsseler Landesvertretung Nordrhein-Westfalens eine Podiumsdiskussion zum Thema „Die Wasserversorgung im Lichte der Konzessionsrichtlinie“ statt. Diskutiert wurden die Besonderheiten des Wassersektors bezüglich des Richtlinienvorschlages der EU-Kommission zur Vergabe von Konzessionen (vgl. zuletzt Brüssel Aktuell 9/2013)...

Europäisches Schulnetzwerk – IT-Integration vor allem aus der pädagogischen Perspektive

Am 28. Mai lud das Europäische Schulnetzwerk zu einer Veranstaltung, bei der es um die Integration von IT v. a. aus pädagogischer Hinsicht ging. Die Kommunen als Schulaufwandsträger sind häufig nur mit der Frage beschäftigt, wo sie die finanziellen Kapazitäten für die teure Hardware, Software und Schulungen für Lehrer hernehmen. Ziel der Veranstaltung war es, diesen Aspekt nicht außer Acht zu lassen, aber eine neue Denkweise in pädagogischer Hinsicht anzustoßen. Computer sollen nicht nur als notwendige Kompetenz angesehen werden, sondern z. B. auch für eine größere Motivation bei den MINT Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) sorgen...

EU-Depeschen

- *Europäischer Rat entscheidet sich gegen eine Verkleinerung der Europäischen Kommission*
- *Weichenstellung für die Kulturhauptstadt Europas ab 2017*
- *Brüsseler Veranstaltung zu neuen Perspektiven für die Stadtentwicklung*

Europabüro der Bayerischen Kommunen
Europabüro der Baden-Württembergischen Kommunen
Europabüro der Sächsischen Kommunen

Brüssel Aktuell 22/2013

(31.05. – 07.06.2013)

Aus dem Parlament

EntschlieÙung zu erneuerbaren Energieträgern

Am 21. Mai hat das Plenum des Europäischen Parlaments eine EntschlieÙung über aktuelle Herausforderungen und Chancen für erneuerbare Energieträger auf dem europäischen Energiebinnenmarkt angenommen. Darin sprechen sich die Abgeordneten klar für einen ambitionierten weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien aus, ohne Wechselwirkungen bzw. die Notwendigkeiten der Kosteneffizienz und Versorgungssicherheit außer Acht zu lassen. Zu ihren wichtigsten Forderungen zählen die Formulierung verbindlicher Ziele über 2020 hinaus und die Ausarbeitung gemeinsamer Leitlinien für die Förderung der erneuerbaren Energien. Die Vorzüge der kommunalen Energieerzeugung werden anerkannt...

Barrierefreie Webseiten der öffentlichen Hand – Berichtsentwurf veröffentlicht

Bereits im Dezember 2012 hatte die EU-Kommission den Vorschlag für eine Richtlinie über den barrierefreien Zugang zu Webseiten öffentlicher Stellen präsentiert (siehe Brüssel Aktuell 43/2012). Der am 28. Mai veröffentlichte Berichtsentwurf des federführend zuständigen Binnenmarktausschusses geht über den Kommissionsvorschlag hinaus. Der Berichterstatter erläuterte am 4. Juni im Rahmen einer Anhörung des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA) zum Thema „Barrierefreiheit als Menschenrecht“ seine Position. Die Vertreter der EU-Kommission gewährten während der Anhörung auch einen ersten Einblick in den Europäischen Rechtsakt „Barrierefreiheit“, der nun im September 2013 veröffentlicht werden soll...

Veranstaltungen, Seminare und Konferenzen

Daseinsvorsorge-Konferenz im Europäischen Parlament

Am 29. Mai veranstalteten unter dem gemeinsamen Nenner der Daseinsvorsorgeverpflichtung der Deutsche Städtetag, der Deutsche Landkreistag, der Deutsche Städte- und Gemeindebund, der Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen, der Verband kommunaler Unternehmen, die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege, der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge, der Deutsche Kulturrat, Deutschlandradio, Deutsche Welle und die ARD eine unter dem Titel „Wie viel Daseinsvorsorge braucht die soziale Marktwirtschaft? Wie viel Binnenmarkt verträgt die Daseinsvorsorge?“ stehende Konferenz im EU-Parlament...

Veröffentlichungen im Amtsblatt der Europäischen Union

In den vergangenen Wochen gab es folgende kommunalrelevante Veröffentlichungen im Amtsblatt der Europäischen Union...

EU-Depeschen

- *Transeuropäisches Verkehrsnetz – Trilogverhandlungen erfolgreich beendet*
 - *Wettbewerbsrat: kommunalfreundliche Änderungen in der Verfahrens- und Ermächtigungs-VO*
 - *Abstimmung über den Initiativbericht über den Zugang zu Pflegedienstleistungen*
 - *Resolution für eine Makroregion „Alpenraum“ verabschiedet*
 - *Europawahlen sollen europäischer werden*
 - *Zulassungsverfahren für Kfz – Berichtsentwurf des Binnenmarktausschusses*
 - *Europäisches Semester – Länderspezifische Empfehlungen für Deutschland veröffentlicht*
 - *Bericht zu Kapazitäten im Bereich der öffentlichen Gesundheit*
 - *Noch freie Plätze im EU-Förderseminar zu Kommunalpartnerschaften am 15. Juli in Karlsruhe*
 - *Referenzrahmen für nachhaltige europäische Städte vorgestellt*
 - *Veranstaltung Gender-Budgeting im Büro des Landes Berlin bei der EU*
-

Europabüro der Bayerischen Kommunen
Europabüro der Baden-Württembergischen Kommunen
Europabüro der Sächsischen Kommunen

Brüssel Aktuell 23/2013

(07. – 14.06.2013)

Aus der Kommission

Grüne Woche 2013 – Luftqualität

Vom 4. bis zum 6. Juni veranstaltete die EU-Kommission im Rahmen der „Grünen Woche 2013“ 38 unterschiedliche Foren, in denen das Thema Luftqualität aus den unterschiedlichsten Perspektiven beleuchtet wurde (vgl. zuletzt Brüssel Aktuell 5/2013)...

Förderprogramme

Jugend in Aktion – Aufrufe zur Einreichung von Vorschlägen für die Aktionen 4.3 und 4.6

Im Mai veröffentlichte die Europäische Kommission im Amtsblatt zwei Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen für die Unteraktionen 4.3 - „Unterstützung für die Mobilität von Jugendbetreuern“ (C 150/20) und 4.6 – „Partnerschaften“ (C 148/4) des EU-Förderprogrammes „Jugend in Aktion“ (siehe zuletzt Brüssel Aktuell 20/2012 und 27/2012). Bewerbungsfrist für die Unteraktion 4.3 ist der 10. September 2013 und für die Unteraktion 4.6 der 5. September 2013...

Veranstaltungen, Seminare und Konferenzen

Medizinische Versorgung älterer Menschen

Am 11. Juni fand in Brüssel eine Veranstaltung rund um das Thema der kontinuierlichen Teilnahme älterer Patienten an medizinischen Behandlungen statt. Ein besonderes Augenmerk wurde auf die Förderung der „Therapietreue“ durch chronisch Kranke gelegt...

EU-Depeschen

- *Veranstaltung am 24. Juni in Brüssel – Förderung von Kommunalpartnerschaftsprojekten*
 - *Konsultation zu Recycling und Wiederverwendung von Abfällen gestartet*
 - *Investitionsbeihilfen für den Flughafen Memmingen möglich*
 - *Gemischte Reaktionen zum neuen EU-Kommissar Kroatiens*
 - *Europäisches Parlament – gemeinsame Erklärung für Menschen mit Behinderung*
 - *Auszeichnung für Partnerschaften von öffentlichen Behörden und der Sozialwirtschaft*
-

Europabüro der Bayerischen Kommunen
Europabüro der Baden-Württembergischen Kommunen
Europabüro der Sächsischen Kommunen

Brüssel Aktuell 24/2013

(14. – 21.06.2013)

Aus der Kommission

Brüsseler Veranstaltung zur regionalen und städtischen Entwicklung

Am 18. Juni veranstaltete die Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung zusammen mit der Mitgliedstaaten- und Fraktionen-übergreifenden, sog. „URBAN Intergroup“ eine Konferenz rund um das Thema der regionalen und städtischen Entwicklung. Der Schwerpunkt lag dabei auf einer Reflexion bisheriger Maßnahmen und den daraus ableitbaren Lehren für zukünftige Projekte...

EU-Depeschen

- *Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung – Deutsche Novellierungsversion veröffentlicht*
 - *Europäisches Parlament verabschiedet Tagungskalender für das Jahr 2014*
 - *Rat der EU beschließt Vorverlegung der Europawahlen 2014*
 - *Plenum verabschiedet Bericht zum sozialen Wohnungsbau*
 - *Publikation zur Koordinierung der Sozialen Sicherungssysteme in der EU*
 - *EU-Parlament verabschiedet gemeinsames Europäisches Asylsystem*
 - *Abstimmung über das Sozialinvestitionspaket im Europäischen Parlament*
 - *Barrierefreier Zugang zu Webseiten – Aussprache und deutsche Fassung des Berichtsentwurfs*
 - *Veranstaltung zum generationenübergreifenden Lernen in Brüssel*
 - *Ausschuss nimmt Berichtsentwurf zur Kreativ- und Kulturwirtschaft an*
 - *Kulturerbe-Preis „Europa Nostra Award“: Preisverleihung und Ausschreibung für 2014*
 - *„Tourismus für alle“ – Plattform für sozialen Tourismus gestartet*
-

Europabüro der Bayerischen Kommunen
Europabüro der Baden-Württembergischen Kommunen
Europabüro der Sächsischen Kommunen

Brüssel Aktuell 25/2013

(21. – 28.06.2013)

Thema der Woche

Konzessionsrichtlinie: Barnier rudert zurück – Bereichsausnahme für Wasser beschlossen

Am Freitag, 21. Juni, schlug EU-Binnenmarktkommissar Michel Barnier (F) überraschend in einer nachmittags veröffentlichten Erklärung zur lange und kontrovers diskutierten EU-Konzessionsrichtlinie vor, den Wasserbereich aus der Regelung auszunehmen. Die Richtlinie wird gerade im Trilog verhandelt (siehe Brüssel Aktuell 21/2013). Der Kommissar begründete den Entschluss mit den lang anhaltenden Bürgerprotesten gegen eine EU-weite Regelung der Vergabe von Wasserkonzessionen und der dazu parallel laufenden EU-Bürgerinitiative „right2water“, die zwischenzeitlich ca. 1,5 Mio. Unterschriften gesammelt hat. Es folgt der wörtliche Text der sehr lesenswerten Erklärung von Kommissar Barnier...

Aus der Kommission

Leitlinien für Regionalbeihilfen 2014 - 2020 veröffentlicht

Im Zuge der Modernisierung des europäischen Beihilferechts hat die Europäische Kommission die Regionalbeihilfeleitlinien 2014 bis 2020 veröffentlicht. Diese regeln ab dem 1. Juli 2014, welche Investitionsbeihilfen Mitgliedstaaten Unternehmen gewähren dürfen, bis zu diesem Zeitpunkt gelten noch die aktuellen an sich zum Jahresende 2013 auslaufenden Leitlinien. Bis Mitte 2014 werden nun die Mitgliedstaaten neue Fördergebietskarten aufstellen...

Aus dem Gerichtshof

Urteil zur interkommunalen Zusammenarbeit bei kommunalen Hilfsaufgaben

Am 13. Juni hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) das Urteil in der Rechtssache C-386/11 (Piepenbrock Dienstleistungen GmbH & Co. KG gegen Kreis Düren) im Vorabentscheidungsverfahren des Oberlandesgerichts Düsseldorf gefällt. Das Verfahren betraf die Frage, ob eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen zwei Gebietskörperschaften ausschreibungspflichtig ist, wenn rein verwaltungsunterstützende Hilfsaufgaben gegen Kostenerstattung auf eine andere Gebietskörperschaft übertragen werden. Der EuGH bejaht dies und sieht darin keine ausschreibungsfreie interkommunale Zusammenarbeit. Das Urteil ist aus kommunaler Sicht kritisch, da demnach eine solche Kooperation nur noch bei öffentlichen gemeinsamen Gemeinwohlaufgaben möglich sei. Außerdem sei die Einbindung eines Dritten bei der interkommunalen Zusammenarbeit ausschreibungspflichtig, selbst wenn dieser vom öffentlichen Betrauten allein beherrscht wird...

EU-Depeschen

- *Rat einigt sich auf gemeinsame Position – Trilogverhandlungen zu MiFID II können beginnen*
 - *Energiebinnenmarkt – Industrieausschuss stimmt mit großer Mehrheit für Berichtsentwurf*
 - *Aussprache zum Verordnungsvorschlag zur Kostensenkung im Breitbandausbau im ITRE*
 - *Gebäuderichtlinie – Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland eingeleitet*
 - *„Jugend forscht“-Preisträger präsentieren ihre Projekte in der Landesvertretung Hessen in Brüssel*
 - *Rolle der Kommunen innerhalb des deutsch-griechischen Know-How-Transfers gewürdigt*
 - *Helmholtz-Veranstaltung zeigt bedeutsame Rolle der Kommunen bei der Energiewende*
 - *Bristol ist „Grüne Hauptstadt Europas 2015“*
 - *Neue Technologie für schnelle Hilfe bei Stürzen im Wohnraum entwickelt*
 - *Fotowettbewerb der GD Regionalpolitik – „Europa in meiner Region“*
-

Europabüro der Bayerischen Kommunen
Europabüro der Baden-Württembergischen Kommunen
Europabüro der Sächsischen Kommunen

Brüssel Aktuell 26/2013

(28.06. – 05.07.2013)

Aus dem Rat

Litauen übernimmt Vorsitz der EU-Ratspräsidentschaft

Am 1. Juli hat Litauen zum ersten Mal seit seinem Eintritt in die EU (1. Mai 2004) den halbjährlich rotierenden Vorsitz im Rat der Europäischen Union übernommen. Das Land löst damit Irland ab (vgl. Brüssel Aktuell 1/2013). Die Hauptziele der litauischen Ratspräsidentschaft basieren auf den Grundsätzen eines glaubhaften, wachsenden und offenen Europas. Am 31. Dezember 2013 wird Litauen den Ratsvorsitz an Griechenland übergeben...

Aus der Kommission

Europäische Woche der Nachhaltigen Energien 2013

Vom 24. bis zum 28. Juni veranstaltete die Generaldirektion Energie (GD ENER) gemeinsam mit der Exekutivagentur für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation der Europäischen Kommission (EAWI) die achte Europäische Woche der Nachhaltigen Energien (siehe zuletzt Brüssel Aktuell 25/2012). Auf rund 40 verschiedenen Veranstaltungen u. a. in der EU-Kommission und im Ausschuss der Regionen wurden neue Technologien, Strategien und Projekte für eine nachhaltigere Energieversorgung und v. a. deren Finanzierung vorgestellt und diskutiert...

EU-Depeschen

- *Plenarvotum ÖPNV-Verordnung 1370/2007 und beihilferechtliche Ermächtigungsverordnung*
 - *Plenum verabschiedet Richtlinie zu den sog. prioritären Stoffen im Bereich der Wasserpolitik*
 - *Schnellere Reaktionsfähigkeit der EU bei Epidemien*
 - *Wahlperiode 2014-2020 – Verteilung der EU-Parlamentssitze auf die Mitgliedstaaten*
 - *Regionalpolitik – 8. Zwischenbericht zeigt Auswirkungen der Krise*
 - *Vorschlag für europäischen langfristigen Investmentfonds (ELTIF)*
 - *Wirtschaftsförderung – EU-Finanzmittel-Portal für Unternehmen um ESF und EFRE erweitert*
 - *Öffentliche Auftragsvergabe – Strategie für mehr Wettbewerb zwischen IKT-Anbietern*
 - *Studie zur Internetgeschwindigkeit in der EU*
 - *EuGH – Vorsteuerabzugsberechtigung für private Photovoltaikanlagen*
 - *Wasser als ein öffentliches Gut – Veranstaltungen*
-

In eigener Sache

Veranstaltung zur EfBB-Kommunalpartnerschaftsförderung am 24. Juni

Am 24. Juni organisierten die Bürogemeinschaft der Europabüros der bayerischen, baden-württembergischen und sächsischen Kommunen sowie das Europabüro des Deutschen Städte- und Gemeindebunds (DStGB) in Kooperation mit dem Sachsen-Verbindungsbüro in Brüssel eine Veranstaltung zur Förderung von Kommunalpartnerschaften durch das EU-Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ (EfBB). Die Veranstaltung mit dem Titel „Förderung von Kommunalpartnerschaften in Bayern, Baden-Württemberg und Sachsen durch die EU – Bewährte Beispiele und Herausforderungen ab 2014“ führte vor dem Hintergrund der Neuausrichtung des Programms für die Förderperiode 2014-2020 zu einem regen Austausch zwischen Vertretern der kommunalen Ebene, des Europäischen Parlaments und der EU-Kommission...

Europabüro der bayerischen Kommunen
Europabüro der baden-württembergischen Kommunen
Europabüro der sächsischen Kommunen

Brüssel Aktuell 27/2013

(05.07. – 12.07.2013)

Aus der Kommission

Richtlinienvorschlag über die elektronische Rechnungslegung bei öffentlichen Aufträgen

Am 26. Juni hat die EU-Kommission einen Richtlinienvorschlag über die elektronische Rechnungslegung bei öffentlichen Aufträgen vorgelegt. Diesem zufolge sollen alle elektronischen Rechnungen, die im Zusammenhang mit nach den Richtlinien 2004/17/EG und 2004/18/EG bzw. deren Nachfolge-Richtlinien vergebenen Aufträgen stehen (vgl. zuletzt Brüssel Aktuell 1/2013), nach einer bestimmten neu zu erarbeitenden Norm erstellt werden. Öffentliche Auftraggeber und Vergabestellen sollen keine elektronischen Rechnungen ablehnen dürfen, die dieser europäischen Norm genügen. ...

Veranstaltungen, Seminare und Konferenzen

Brüsseler Diskussion zum Grünbuch Kunststoffabfälle

Am 8. Juli luden der VDMA-Fachverband Abfall- und Recyclingtechnik gemeinsam mit dem Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung e. V. in die Vertretung des Freistaats Bayern bei der EU zu einer Diskussionsrunde mit dem Titel „Grünbuch Kunststoffabfälle: Europäische Strategie für ein ressourceneffizientes Verwerten von Kunststoffabfällen“ ein. Die EU-Kommission hatte im Frühjahr eine mit dem Grünbuch verbundene Konsultation interessierter Kreise gestartet (vgl. Brüssel Aktuell 9/2013), die Frist zur Einreichung von Beiträgen endete im Juni 2013. Für September 2013 kündigte die EU-Kommission nun eine Konferenz sowie zu einem späteren Zeitpunkt die Veröffentlichung eines Arbeitspapiers an. Im Rahmen der Diskussion erläuterte ein Kommissionsvertreter erste, auch legislative Ansätze, die zu einer besseren Bewirtschaftung der stetig zunehmenden Menge an Kunststoffmüll führen soll ...

EU-Depeschen

- *Einigung über 7. Umweltaktionsprogramm im Trilog und Abstimmung im Umweltausschuss*
 - *Parlament bereitet Entschließung zu Frauen mit Behinderungen vor*
 - *Umwelt – Konsultation zu nachhaltigen Gebäuden gestartet*
 - *Diskussion über die Zukunft der Phosphorversorgung – EU-Kommission eröffnet Konsultation*
 - *„Grüne Vergabe“ – Kommissionsstudie zur Beschaffung von Abwasserinfrastrukturen*
 - *Förderung europäischer Initiativen für nachhaltige städtische Mobilität durch EU-Kommission*
 - *EU-Kommission zeichnet sächsische Initiative zu „Aktivität und Gesundheit im Alter“ aus*
 - *Neue europäische Bürgerbeauftragte ab Oktober 2013 und Europäischer Kodex für gute Verwaltungspraxis*
-

Europabüro der bayerischen Kommunen
Europabüro der baden-württembergischen Kommunen
Europabüro der sächsischen Kommunen

Brüssel Aktuell 28/2013

(12.07. – 19.07.2013)

Aus dem Parlament

Kohäsionspolitik ab 2014: REGI nimmt erste Trilog-Kompromisse nach MFR-Einigung an

Fast auf den Tag genau ein Jahr nach der Abstimmung über sein Mandat für die Trilog-Verhandlungen mit Rat und Kommission zur Ausgestaltung der EU-Kohäsionspolitik 2014-2020 (vgl. Brüssel Aktuell 28/2012) hat am 10. Juli der federführende Ausschuss für Regionale Entwicklung (REGI) im Europäischen Parlament erstmalig über die bislang erzielten Trilog-Kompromisse abgestimmt. Möglich wurde dies zum einen vor dem Hintergrund der zwischenzeitlich fast abgeschlossenen Trilog-Verhandlungen (vgl. zuletzt Brüssel Aktuell 08/2013). Zusätzlichen Antrieb für eine vorentscheidende Abstimmung noch vor der Sommerpause verlieh zum anderen die bereits Ende Juni erzielte grundsätzliche Einigung zwischen Europäischem Rat und Europäischem Parlament bzgl. des Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) 2014-2020, dem das EP-Plenum am 3. Juli zwischenzeitlich auch formal zugestimmt hatte. Hinsichtlich des REGI-Votums zu den einzelnen Strukturfonds-Verordnungen durfte nunmehr aus kommunaler Warte mit Spannung erwartet werden, ob die im Juni 2012 vom Parlament gesetzten Kommunal-Akzente hinsichtlich der Weiterentwicklung des funktionalen Raumverständnisses und des Partnerschaftsprinzips mit einer entsprechend umfassenden Kommunaleinbindung sowie kommunalrelevanten Verwaltungsvereinfachungen den einjährigen Verhandlungsmarathon mit dem Rat schadlos überstanden hatten...

Aus der Kommission

Integration der Roma – Kommissionsmitteilung und Ratsempfehlungsvorschlag

Am 26. Juni hat die Europäische Kommission eine Mitteilung über „weitere Schritte zur Umsetzung der nationalen Strategien zur Integration der Roma“ vorgelegt. Aus dem Fortschrittsbericht geht hervor, dass die Mitgliedstaaten ihre nationalen Integrationsstrategien, die sie nach dem EU-Rahmen für nationale Strategien zur Integration der Roma bis 2020 (vgl. Brüssel Aktuell 38/2012) entwickelt haben, besser umsetzen müssen. Vor diesem Hintergrund veröffentlichte die Europäische Kommission zugleich einen Vorschlag für eine Empfehlung des Ministerrates „für wirksame Maßnahmen zur Integration der Roma in den Mitgliedstaaten“, der sich auf die Erkenntnisse aus dem Fortschrittsbericht stützt. Er soll den EU-Rahmen durch ein unverbindliches Rechtsinstrument für die Integration der Roma verstärken...

EU-Donauraumstrategie – Bericht zum Mehrwert makroregionaler Strategien

Am 27. Juni hat die Europäische Kommission einen Bericht zum Mehrwert makroregionaler Strategien vorgelegt, d. h. eine erste Kommissionsstudie zur Überprüfung der mit dem Konzept verbundenen Erfolge und Schwierigkeiten. Im Bericht werden die bereits bestehenden makroregionalen Strategien, die Strategien der EU für den Donau- und den Ostseeraum (vgl. zuletzt Brüssel Aktuell 16/2013, siehe auch den Donauraum-Artikel in dieser Ausgabe), zu großen Teilen positiv beurteilt. In der Umsetzung und Planung seien allerdings weitere Verbesserungen erforderlich...

Veranstaltungen, Seminare und Konferenzen

Donauraum – gemeinsam auf dem Weg zu Energieeffizienz und Erneuerbaren Energien?

Am 9. Juli veranstaltete die Landesvertretung Baden-Württemberg in Kooperation mit der Südosteuropa-Gesellschaft eine Konferenz zum Status quo auf dem Weg zu einer CO₂-armen Wirtschaft und zu den Herausforderungen und Aussichten eines vermehrten Einsatzes erneuerbarer Energien im Donauraum...

Veröffentlichungen im Amtsblatt der Europäischen Union

In den vergangenen Wochen gab es folgende kommunalrelevante Veröffentlichungen im Amtsblatt der Europäischen Union...

EU-Depeschen

- *Umweltverträglichkeitsprüfung – EP-Umweltausschuss stimmt über Richtlinienentwurf ab*
 - *Regionalpolitik – Initiativbericht über intelligente Spezialisierung*
 - *EU-Kommission konsultiert De-minimis-Verordnung in zweiter Runde*
 - *Beihilfen für unrentable Flughäfen – EU-Kommission eröffnet Konsultation*
 - *Zugang zu den Gerichten in Umweltangelegenheiten – EU-Kommission eröffnet Konsultation*
 - *Konsultation zur Vermeidung von Lebensmittelabfällen*
 - *Konsultation zur effektiven Reduzierung des von Eisenbahngüterwagen ausgehenden Lärms*
 - *Binnenmarktanzeiger ab sofort online verfügbar*
 - *Präsentation der deutsch-polnischen Bildungs Kooperation in Sachsen und Niederschlesien*
 - *Deutsche Verbraucher misstrauen Umweltlabels*
-

In eigener Sache

Sommerpause bei *Brüssel Aktuell*

*auf Grund der Sommerpause und den damit verbundenen Ferien in den Europäischen Institutionen erscheint die nächste Ausgabe von *Brüssel Aktuell* am 30. August 2013. Das Team der Bürogemeinschaft der Europabüros wünscht allen Leserinnen und Lesern einen erholsamen Sommer!*

Europabüro der Bayerischen Kommunen
Europabüro der Baden-Württembergischen Kommunen
Europabüro der Sächsischen Kommunen

Brüssel Aktuell 29/2013

(19.07. – 30.08.2013)

Aus dem Parlament

Anerkennung von in der EU ausgestellten Urkunden – Rechtsetzungsprozess schreitet voran

Am 26. Juli hat der Rechtsausschuss des EU-Parlaments bezüglich der Vereinfachung der Annahme bestimmter öffentlicher Urkunden innerhalb der Europäischen Union einen Berichtsentwurf veröffentlicht. Dieser enthält Änderungsanträge zum entsprechenden Verordnungsvorschlag der Kommission (vgl. Brüssel Aktuell 17/2013). Kernforderungen des Berichtsentwurfs sind dabei die Ausweitung des Anwendungsbereichs der vorgeschlagenen Verordnung sowie eine noch weitergehende Reduzierung der Kosten und des Bürokratieaufwands für die Bürger. Nächster Schritt im EU-Rechtsetzungsprozess ist die Abstimmung im Rechtsausschuss über den Berichtsentwurf...

Initiativbericht zur Übertragung von Rechtsetzungs- und Durchführungsbefugnissen

Am 22. Juli hat der ungarische EU-Abgeordnete József Szájer (EVP) einen Initiativbericht über die Anwendung der Übertragung von Rechtsetzungs- und Durchführungsbefugnissen auf die EU-Kommission vorgelegt. Er untersucht darin die Häufigkeit und Art und Weise, mit welcher derlei Befugnisse vom Gesetzgeber auf die EU-Kommission übertragen werden und möchte eine praktische Hilfestellung zur Anwendung dieser Möglichkeiten geben...

Aus der Kommission

Freihandelsabkommen EU-USA und Plurilaterales Dienstleistungsabkommen

Während sich die Kommunen noch über die Erfolge dieser EU-Legislaturperiode im Bereich der EU-Konzessionsrichtlinie – nämlich u. a. die Ausnahme des Wasserbereichs (siehe Brüssel Aktuell 25/2013) – freuen, wird international bereits an einer möglichen neuen Liberalisierungswelle des Dienstleistungssektors – darunter auch der Daseinsvorsorge – gearbeitet. Zum einen steht in den seit Anfang Juli 2013 laufenden bilateralen Verhandlungen zwischen der EU und den USA zu einer Freihandelszone (Transatlantic Trade and Investment Partnership = TTIP) auch die Liberalisierung von öffentlichen Dienstleistungen auf der Tagesordnung. Im Kernpunkt geht es dabei um weitere Marktöffnungen. Zum anderen läuft parallel ein neuer Ansatz auf WTO-Ebene, nämlich statt multilateraler Abkommen (wie dem GATS = General Agreement on Trade in Services, in dem die im Jahr 2000 aufgenommenen Verhandlungen (Doha-Runde) derzeit stocken), sog. „plurilaterale Abkommen“ zu verhandeln, wie das „Plurilaterale Abkommen über Dienstleistungen“ (Plurilateral Trade in Services Agreement = PTiSA oder kurz TiSA). Auch hier geht es um die internationale Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen...

Aus dem Ausschuss der Regionen

Plenum nimmt Stellungnahme zur territorialen Folgenabschätzung an

Auf der 102. Plenartagung des Ausschusses der Regionen (AdR) vor der Sommerpause wurde die Initiativstellungnahme zur sog. „Territorialen Folgenabschätzung“ (TFA) verabschiedet. Einzuordnen ist der Vorstoß unter Berichterstatter Dr. Michael Schneider, Staatssekretär des Landes Sachsen-Anhalt und Vorsitzender der EVP-Fraktion im AdR, in das in Art. 3 Abs. 3 EUV festgelegte Ziel der EU zur Stärkung des territorialen Zusammenhaltes. Die Fachkommission für Kohäsionspolitik (COTER) tritt dafür ein, das Konzept des territorialen Zusammenhaltes auf EU-Ebene klarer auszuarbeiten und in diesem Kontext das Instrument der territorialen Folgenabschätzung zu implementieren...

Förderprogramme

EU-Programm „DAPHNE III“ – Aufruf zur Einreichung von Vorschlägen

Im Juni veröffentlichte die Europäische Kommission den jährlichen Aufruf zur Einreichung von Vorschlägen für das EU-Programm „DAPHNE III“ (siehe Brüssel Aktuell 1/2012). Der vorliegende Aufruf stützt sich auf das Jahresarbeitsprogramm 2013. Es werden transnationale Projekte unterstützt, die den allgemeinen und spezifischen Zielen des Programms entsprechen. Sie müssen außerdem einen europäischen Mehrwert bieten. Das vorläufige Gesamtbudget beläuft sich auf rund 11,4 Mio. €, Projektanträge können bis zum 30. Oktober 2013 eingereicht werden...

Mittel für „Connecting Europe“-Fazilität stark gekürzt

Noch vor der Sommerpause haben sich Rat, EU-Parlament und Europäische Kommission auf einen Kompromiss für das generaldirektionsübergreifende Infrastrukturpaket „Connecting Europe“ geeinigt (siehe Brüssel Aktuell 38/2011). Das ursprüngliche Gesamtvolumen von 50 Mrd. € wurde auf knapp 30 Mrd. € gekürzt...

2014 – 2020: Neues EU-Förderprogramm für Beschäftigung und soziale Innovation

Bereits Ende Juni einigten sich die Vertreter der EU-Institutionen auf ein neues EU-Programm zur direkten Unterstützung von Beschäftigung und Sozialpolitik. Das EU-Programm für Beschäftigung und soziale Innovation, kurz EaSI (EU-programme for Employment and Social Innovation; siehe zuletzt Brüssel Aktuell 41/2011), ist streng genommen nicht neu, fasst es doch die bereits in der aktuellen Förderperiode bekannten Programme „Progress“, „EURES“ (Europäische Arbeitsverwaltungen) und das „Europäische Mikrofinanzierungsinstrument PROGRESS“ zusammen. Für den Zeitraum von 2014 – 2020 stehen 815 Mio. € zur Verfügung. Wie auch in der jetzigen Förderperiode werden jährlich unterschiedliche Aufrufe zur Einreichung von Vorschlägen, sog. „Calls“ (siehe Brüssel Aktuell 39/2012, 17/2011, 22/2011), veröffentlicht werden...

Einigung zu neuem EU-Forschungsprogramm Horizont 2020

Im Sommer haben sich EU-Parlament, Rat und EU-Kommission nach kontroversen Verhandlungen nunmehr auf einen Kompromiss zum „EU-Rahmenprogramm für Forschung und Innovation Horizont 2020“ geeinigt. „Horizont 2020“ wird die Instrumente des Forschungsrahmenprogramms, des Rahmenprogramms für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (CIP) und des Europäischen Instituts für Innovation und Technologie (EIT) zusammenführen und somit der Vereinfachung der Förderlandschaft im Bereich der Forschung dienen...

EU-Depeschen

- *Rat und Parlament stimmen der Novelle in Bezug auf prioritäre Stoffe zu*
 - *Gruppenfreistellungsverordnung – zweite Konsultation gestartet und Gültigkeit verlängert*
 - *Kommission veröffentlicht Fortschrittsbericht zur Umsetzung der EU-Abwasservorschriften*
 - *Öffentliche Konsultation zur Überarbeitung der Grundwasserrichtlinie 2006/118/EG gestartet*
 - *Europäische Bürgerinitiative „right2water“ mit über 1,5 Mio. Unterschriften*
 - *Finanzielle Aufschlüsselung der Kohäsionspolitik 2014-2020 je Mitgliedstaat nun einsehbar*
 - *Kartellrecht – Missbrauch marktbeherrschender Stellung durch Altstoff Recycling Austria?*
 - *Open Days 2013 – Registrierungsphase gestartet*
 - *„SOLUTIONS“ – Projekt zu innovativen und grünen Lösungen für den Stadtverkehr*
 - *Informationsveranstaltung zum neuen EU-Programm für Bildung, Jugend und Sport*
-

Europabüro der Bayerischen Kommunen
Europabüro der Baden-Württembergischen Kommunen
Europabüro der Sächsischen Kommunen

Brüssel Aktuell 30/2013

(30.08. – 06.09.2013)

Aus dem Parlament

Binnenmarktausschuss stimmt über Vergaberichtlinien ab

Am 5. September hat der Binnenmarktausschuss des Europäischen Parlaments nun endgültig den im sog. Trilog vor der Sommerpause gefundenen Kompromiss zu den Reformvorschlägen für die Vergaberichtlinien 2004/17 und 2004/18 angenommen. Die langwierigen Verhandlungen über das Ende 2011 von der EU-Kommission vorgeschlagene Vergabepaket (siehe vor allem Brüssel Aktuell 1/2012 und 1/2013) sind damit beendet. Aus kommunaler Sicht ist, obgleich nach wie vor grundsätzlich der Reformbedarf anzuzweifeln ist, zumindest zu begrüßen, dass die Kommissionsvorschläge durch die Abgeordneten des EU-Parlaments an entscheidenden Stellen verbessert wurden...

Binnenmarktausschuss: Konzessionen mit Ausnahme für Wasserbereich abgestimmt

Am 5. September ist die vor allem wegen ihrer Konsequenzen für eine mögliche Liberalisierung des Wassersektors durch die Hintertür umstrittene Konzessionsrichtlinie im Binnenmarktausschuss zur Abstimmung gekommen. Das Einlenken der EU-Kommission während der sog. Trilog-Verhandlungen vor der Sommerpause (vgl. zuletzt Brüssel Aktuell 25/2013) bezüglich der Wasserausnahme kann aus kommunaler Sicht zumindest als Etappensieg gewertet werden (siehe aber Brüssel Aktuell 29/2013 unter „Freihandelsabkommen EU-USA“)...

Novellierung der ÖPNV-Verordnung: Berichtsentwurf veröffentlicht

Im Rahmen des sog. 4. Eisenbahnpakets vom Januar 2013 hat die EU-Kommission auch eine Neufassung der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 hinsichtlich der Öffnung des Marktes für inländische Schienenpersonenverkehrsdienste, kurz ÖPNV-VO, präsentiert (vgl. zuletzt Brüssel Aktuell 22/2013). Der belgische Berichterstatter des federführend zuständigen Ausschusses für Verkehr und Fremdenverkehr des Europäischen Parlaments, Mathieu Grosch (EVP), hat nun vor der Sommerpause den Berichtsentwurf zum Novellierungsvorschlag vorgestellt...

Förderprogramme

Europäische Innovationshauptstadt: Kommission schreibt erstmalig Auszeichnung aus

Mit Blick auf die anstehende neue EU-Förderperiode 2014-2020 hat die Kommission am 3. September erstmalig den Wettbewerb zur Auszeichnung der Europäischen Innovationshauptstadt („iCapital Award“) ausgelobt. Mit dem Preis soll jene Stadt über 100.000 Einwohner in der EU gewürdigt werden, die die in sich stimmigste Initiative zum Auf- und Ausbau eines kommunalen „Innovations-Ökosystems“ einreicht, das Bürger, öffentliche Stellen, Hochschulen und Unternehmen miteinander vernetzt. Voraussetzungen sind u. a., dass die Initiative seit mindestens Januar 2010 existiert und dass schlüssig dargelegt wird, wie das Preisgeld von 500.000 € bestmöglich in die Weiterentwicklung der Initiative investiert wird. Ende der Antragsfrist ist der 3. Dezember 2013. Die Preisverleihungsfeierlichkeiten sind für März 2014 in Brüssel geplant...

Veröffentlichungen im Amtsblatt der Europäischen Union

In den vergangenen Wochen gab es folgende kommunalrelevante Veröffentlichungen im Amtsblatt der Europäischen Union...

EU-Depeschen

- *Umweltinformationen – EuGH-Urteil und öffentliche Konsultation*
 - *Konsultation zur Qualifikation der Fahrer bestimmter Kraftfahrzeuge*
 - *Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors – Konsultation gestartet*
 - *Novellierte Verfahrens- & Ermächtigungs-VO angenommen/„AGVO II“-Konsultation gestartet*
 - *Vorschriftensammlung für staatliche Beihilfen verfügbar*
 - *Reform des des EU-Solidaritätsfonds – einfachere und schnellere Hilfe nach Katastrophen*
 - *Neue Kennzeichnungsetiketten für Chemikalien – Veränderungen im Arbeitnehmerbereich*
 - *Initiative zur Förderung körperlicher Aktivität in der EU auf den Weg gebracht*
-

Europabüro der Bayerischen Kommunen
Europabüro der Baden-Württembergischen Kommunen
Europabüro der Sächsischen Kommunen

Brüssel Aktuell 31/2013

(06. – 13.09.2013)

Aus dem Parlament

Europäischer Aktionsplan für den Einzelhandel – Maßnahmen der Lokalverwaltungen

Am 5. September wurde im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz die Thematik des Einzelhandels im Rahmen eines Initiativberichts zum „Europäischen Aktionsplan für den Einzelhandel zum Nutzen aller Beteiligten“ der EU-Kommission vom Januar 2013 (Berichtersteller: Cornelis De Jong, GUE/NGL, NL) erörtert. Um diesen wichtigen Sektor zu unterstützen, wurden verschiedene Möglichkeiten aufgezeigt, die teilweise auch die Lokalverwaltungen betreffen...

Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit

Am 11. September nahmen die EU-Abgeordneten im Plenum des Europäischen Parlaments eine legislative Entschließung „über die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit: Mögliche Auswege“ an. Zudem war das Thema Jugendarbeitslosigkeit in Europa am 4. September Anlass einer Podiumsdiskussion im Europäischen Parlament. Zu den Teilnehmern zählten neben Vertretern der katholischen Kirche und Vertretern der Unternehmen auch die beiden EU-Abgeordneten Thomas Mann (EVP, D) und Heinz Becker (EVP, A)...

Aus der Kommission

Vorschlag für eine Verordnung zur Kontrolle der Verbreitung invasiver Arten in Europa

Am 9. September hat die Europäische Kommission einen Verordnungsvorschlag über die Prävention und die Kontrolle der Einbringung und Verbreitung invasiver gebietsfremder Arten vorgelegt, nachdem sie in den vergangenen Jahren mehrere Konsultationen zur Thematik durchgeführt hatte (siehe zuletzt Brüssel Aktuell 9/2012). Der Vorschlag schreibt Maßnahmen zur Verhinderung neuer invasiver gebietsfremder Tier- und Pflanzenarten in der EU vor. Außerdem soll damit eine wirksamere Bekämpfung derjenigen Arten, die bereits in Europa verbreitet sind, erreicht werden. Die Verordnung, die unmittelbar in jedem EU-Mitgliedstaat wirkt, soll voraussichtlich im Jahr 2016 in Kraft treten. Sie stützt sich auf den „Fahrplan für ein ressourcenschonendes Europa“ (siehe Brüssel Aktuell 32/2011) und die „EU-Strategie zum Schutz der Biodiversität bis 2020“ (siehe Brüssel Aktuell 17/2011)...

Vorstudien zum 6. Kohäsionsbericht

Auf den fünften Kohäsionsbericht aus dem Jahr 2010 aufbauend (vgl. Brüssel Aktuell 1/2011), wird derzeit der sechste Bericht über die wirtschaftliche und soziale Kohäsion von der Europäischen Kommission vorbereitet. Als Informationsgrundlage dient zum einen der Index für die regionale Wettbewerbsfähigkeit (RCI) als auch ein Bericht über die Lebensqualität auf regionaler Ebene. Beide Studien, die im Sommer veröffentlicht wurden, weisen verschiedene Schwerpunkte auf und ergänzen sich gegenseitig...

Veranstaltungen, Seminare und Konferenzen

Brüsseler Veranstaltung zur EU-(Bio-)Kraftstoffpolitik

Das Plenum des Europäischen Parlaments hat am 11. Juli über den Richtlinienvorschlag über die Qualität von Otto- und Diesekraftstoffen und zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Energien abgestimmt, der wegweisend für die künftige EU-Biokraftstoffpolitik sein wird. Zuvor diskutierten am 5. September u. a. Vertreter des EU-Parlaments, der EU-Kommission sowie des bayerischen Landwirtschaftsministeriums auf Einladung der Hanns-Seidel-Stiftung über die EU-Biokraftstoffpolitik im Spannungsfeld zwischen Umweltschutz, Ressourceneffizienz und Ernährungssicherheit in der Vertretung des Freistaates Bayern bei der EU...

EU-Depeschen

- *Erste Europäische Bürgerinitiative „right2water“ mit 1,85 Mio. Unterschriften erfolgreich beendet*
 - *Öffentliche Dienste und Schienenverkehr: Wie können Passagiere vom Wettbewerb profitieren?*
 - *Ausschussvotum zum neuen EU-Programm für Beschäftigung und soziale Innovation (EaSI)*
 - *Kinder mit Behinderungen – Länderberichte einsehbar*
 - *Leeuwarden als Kulturhauptstadt Europas für 2018 nominiert – Trilog für die Zukunft angelaufen*
 - *„Juvenes Translatores“ – EU-Wettbewerb für Nachwuchsübersetzer*
 - *Neuer Aufruf für Kommunen zum Wettbewerb für den nachhaltigen Verkehr*
 - *Förderung für grenzübergreifende öffentliche digitale Dienstleistungen geplant*
-

Europabüro der Bayerischen Kommunen
Europabüro der Baden-Württembergischen Kommunen
Europabüro der Sächsischen Kommunen

Brüssel Aktuell 32/2013

(13. – 20.09.2013)

Aus dem Parlament

Richtlinienentwurf zur Cybersicherheit: Positionierung des Binnenmarktausschusses

Am 5. September war der bereits im Februar vorgelegte Richtlinienvorschlag der EU-Kommission „über Maßnahmen zur Gewährleistung einer hohen gemeinsamen Netz- und Informationssicherheit in der Union“ Gegenstand einer Aussprache im Binnenmarktausschuss des EU-Parlaments. Der vom baden-württembergischen EVP-Binnenmarktausschuss-Koordinator Dr. Andreas Schwab (EVP) vorgelegte Berichtsentwurf stieß allgemein auf Zustimmung und kann auch aus kommunaler Sicht positiv eingeschätzt werden, da er zwar die Gefahren von Internetkriminalität behandelt, jedoch dem Grundsatz der Subsidiarität Genüge tut...

Aus der Kommission

2. Konferenz zur Elektronischen Beschaffung und Rechnungsstellung bei öffentlichen Aufträgen

Am 18. September organisierte die EU-Kommission in Brüssel die zweite Konferenz (erste Konferenz im Jahr 2012 siehe Brüssel Aktuell 24/2012) zur elektronischen Beschaffung und Rechnungsstellung im öffentlichen Auftragswesen, um die Digitalisierung des Vergabewesens im EU-Binnenmarkt weiter voranzutreiben. Die elektronische Beschaffung ist eines der großen Ziele innerhalb der von der EU-Kommission Ende 2011 vorgeschlagenen Modernisierung des öffentlichen Auftragswesens. Hierzu wurden die EU-Vergaberichtlinien 2004/17/EG und 2004/18/EG umfassend überarbeitet (siehe zuletzt Brüssel Aktuell 30/2013). Die Kommission hatte bereits am 26. Juni eine Mitteilung über die durchgängig elektronische Vergabe öffentlicher Aufträge zur Modernisierung der öffentlichen Verwaltung vorgelegt (von der elektronischen Veröffentlichung der Bekanntmachung bis hin zur elektronischen Bezahlung – sog. „end-to-end e-Vergabe“). Parallel dazu hatte die Kommission auch einen Richtlinienvorschlag über die elektronische Rechnungsstellung bei öffentlichen Aufträgen vorgelegt (siehe Brüssel Aktuell 27/2013). Damit sollen alle Rechnungen, die für im Rahmen der EU-Vergaberichtlinien vergebene Aufträge gestellt werden, künftig elektronisch erfolgen und solche von öffentlichen Auftraggebern nicht mehr abgelehnt werden, wenn sie der EU-Norm genügen...

Veranstaltungen, Seminare und Konferenzen

Brüsseler Veranstaltung zur Qualifizierung von Pflegekräften

Am 12. September fand die Veranstaltung „More and Better Jobs in Home-Care Services“ statt, welche von Eurofound, der Europäischen Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen mit Sitz in Dublin, organisiert wurde. In der Veranstaltung wurde die allgemeine Situation des Pflegesektors in Europa beschrieben. Außerdem wurden im Rahmen einer Studie Modelle zur Höherqualifizierung von Pflegekräften vorgestellt...

EU-Depeschen

- *Parlamentsplenium nimmt Bericht zum Einheitlichen Europäischen Energiebinnenmarkt an*

- *Biodiversität – Nächster Schritt zur Ratifizierung des Nagoya-Protokolls auf EU-Ebene*
 - *Konsultation zur Energiekennzeichnungsrichtlinie sowie der Ökodesign-Richtlinie gestartet*
 - *Steigender Arbeitskräftebedarf im Gesundheitswesen*
 - *Brüsseler Veranstaltung zur Einführung des einheitlichen Notrufsystems „eCall“ in Europa*
 - *Barrierefreiheit von Städten – Broschüre der Preisträger des „Access City Award 2013“ liegt vor*
 - *Europäische Mobilitätswoche für reinere Luft durch Alternativen im Stadtverkehr in Brüssel*
 - *Terminankündigung EuroPCom – EU-Konferenz für Kommunikation im öffentlichen Dienst*
 - *Die Wohlfahrtsstaaten in Europa – eine Buchvorstellung*
-

Europabüro der Bayerischen Kommunen
Europabüro der Baden-Württembergischen Kommunen
Europabüro der Sächsischen Kommunen

Brüssel Aktuell 33/2013

(20. – 27.09.2013)

Aus dem Parlament

Debatte zur Überarbeitung der EU-Leitlinien für staatliche Beihilfen für Flughäfen und Luftverkehrsgesellschaften im Hinblick auf regionale Flughäfen

Am 17. September 2013 fand im EU-Parlament eine Debatte mit dem Titel „Regional airports: soon to be grounded?“ statt, welche vom EU-Abgeordneten Franck Proust (EVP, F), dem europäischen Flughafenverband ACI Europe sowie dem französischen Flughafenverband (Union des Aéroports Français) organisiert wurde. Hierbei wurden verschiedene Sichtweisen und Argumentationen bezüglich der von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen Änderung der EU-Leitlinien für staatliche Beihilfen für Flughäfen und Luftverkehrsgesellschaften (vgl. zuletzt Brüssel Aktuell 28/2013) aufgegriffen und diskutiert...

Veranstaltungen, Seminare und Konferenzen

Brüsseler Diskussion zur Weiterverwendung der Informationen des öffentlichen Sektors

Das Verbindungsbüro Flandern-Europa (VLEVA) lud am 26. September zu einer Informationsveranstaltung mit dem englischsprachigen Titel „Governments, your data are priceless“ ein, in der es um die jüngst novellierte Richtlinie zur Weiterverwendung der Informationen des öffentlichen Sektors 2013/37/EU (im Folgenden PSI-Richtlinie) und die damit verbundenen Neuerungen ging (vgl. zuletzt Brüssel Aktuell 30/2013). Vertreter katalanischer, niederländischer und flämischer Verwaltungseinrichtungen präsentierten ihre „best practice“-Beispiele und die bisherige Umsetzung der PSI-Richtlinie in ihren Regionen. Im Zentrum der Debatte stand insbesondere die Frage, was unter den Grenzkosten zu verstehen sei...

EU-Depeschen

- EU-Dienstleistungsrichtlinie – „Stand der Dinge und nächste Schritte“
 - Regionale Gütezeichen – Aussprache im Europäischen Parlament zum Initiativbericht
 - EuG zum EU-Beihilferecht: Naturschutzverband trotz Gemeinnützigkeit ein Unternehmen
 - Informationskampagne für die Europawahlen gestartet
 - Monat des Binnenmarkts – Online-Debatte über die Zukunft Europas gestartet
 - EU-Bürokratieabbau-Ziel der Stoiber-Gruppe übererfüllt, aber mehr nationales Engagement nötig
 - Abschlusskonferenz eines EU-Projekts zum nachhaltigen Tourismus in Brüssel
 - Brüsseler Veranstaltung zu Partizipationsmöglichkeiten für Jugendliche
-

Europabüro der Bayerischen Kommunen
Europabüro der Baden-Württembergischen Kommunen
Europabüro der Sächsischen Kommunen

Brüssel Aktuell 34/2013

(27.09. – 04.10.2013)

Aus der Kommission

Neue EU-Forststrategie vorgelegt

Am 20. September hat die EU-Kommission ihre in Fachkreisen bereits seit längerem erwartete Fortschreibung der EU-Forststrategie veröffentlicht. Damit möchte sie auf die sich zwischenzeitlich vollzogenen gesellschafts-, umwelt- und insbesondere klimapolitischen Veränderungen seit Vorlage des letzten EU-Rahmens in diesem Bereich im Jahre 1998 reagieren. Unter Verweis auf den Grundsatz der Subsidiarität und das Konzept der Mitverantwortung strebt sie über die Form einer rechtsunverbindlichen Mitteilung ohne konkrete Legislativ-Vorschläge insbesondere eine künftig stärkere Fokussierung auf die unterschiedlichen Aspekte der forstwirtschaftlichen Wertschöpfungskette an. Zudem mahnt sie eine erhöhte Berücksichtigung der Auswirkungen anderer EU-Politikbereiche auf die europäischen Wälder an. Wenn auch der Schwerpunkt dabei den Mitgliedstaaten gilt, die sich bis Ende 2014 objektive, ehrgeizige und nachweisbare Kriterien für die nachhaltige Waldbewirtschaftung in der EU setzen sollen, findet auch die kommunale Ebene mit Blick auf ihren entsprechenden Anteil an öffentlichem Wald durchaus Erwähnung in den Kommissionsüberlegungen...

Veranstaltungen, Seminare und Konferenzen

Dienstleistungen von allgemeinem Interesse – Symposium zum gemeinschaftlichen Besitzstand

Am 30. September lud der CEEP (Europäischer Dachverband der öffentlichen Arbeitgeber und Unternehmen) in den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss zu einem Symposium mit dem englischsprachigen Titel „Acquis+ – Let’s bring the Treaty to life!“. In der Veranstaltung ging es um die Vorstellung der Ergebnisse des CEEP-Projekts „Acquis+“, welches zum einen die derzeit geltenden EU-Vorschriften (gemeinschaftlicher Besitzstand, „Acquis Communautaire“) bezüglich der Dienstleistungen von allgemeinem Interesse (DAI) nach dem Vertrag von Lissabon sowie zum anderen die damit verbundenen Rechtsunsicherheiten, die bislang noch nicht von den Gesetzgebern ausgeräumt werden konnten, beschreibt. Im Rahmen des Projekts wurde ein Glossar erarbeitet, welches die EU-primär- und sekundärrechtlichen Regelungen, einschlägige EuGH-Urteile z. B. zur öffentlich-öffentlichen Zusammenarbeit sowie das sog. „soft law“, wie Mitteilungen der EU-Kommission in diesem Bereich erfasst und bewertet. Das Projektteam hat auch ein Manifest mit Empfehlungen veröffentlicht, das im Rahmen des Symposiums mit Vertretern der Wissenschaft und der öffentlichen Verwaltung aller Ebenen aus ganz Europa diskutiert wurde...

Forderung nach mehr Transparenz der EU-Organe

Am 27. September organisierte der europäische Bürgerbeauftragte P. Nikiforos Diamandouros eine Veranstaltung mit dem Titel „International Right to Know Day 2013 – EU transparency: Where are we now?“, um den Fortschritt der EU-Transparenz zu bewerten...

Veröffentlichungen im Amtsblatt der Europäischen Union

In den vergangenen Wochen gab es folgende kommunalrelevante Veröffentlichungen im

EU-Depeschen

- *Digitalisierung von Schulen – EU-Kommission legt Aktionsplan „Die Bildung öffnen“ vor*
 - *NAIADES II – Kommission will Binnenschifffahrt fördern*
 - *EuGH – Ärztekammern sind keine öffentlichen Auftraggeber*
 - *Terminankündigung – Fachtagung „Energieeffizienz im Wohnquartier“ in Leipzig*
 - *Terminankündigung – Seminar „Europa fördert Kultur – aber wie?“ in Memmingen*
 - *DORIS – Raumfahrttechnologien zur Risikoeinschätzung von Bodenverformungen*
 - *Soziale Dienstleistungen – innovative Lösungen*
 - *Europäische Champions für erneuerbare Energien gekürt*
 - *3. Rhein-Neckar-Forum Brüssel diskutiert EU-Regionalpolitik und Finanzrahmen 2014-2020*
-

Europabüro der Bayerischen Kommunen
Europabüro der Baden-Württembergischen Kommunen
Europabüro der Sächsischen Kommunen

Brüssel Aktuell 35/2013

(04. – 11.10.2013)

Aus dem Parlament

Berichtsentwurf zum Verordnungsvorschlag zur Kostensenkung im Breitbandausbau

Am 3. September legte die Berichterstatterin Edit Herczog (S&D, U) im federführenden Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie (ITRE) des EU-Parlaments ihren Bericht zum EU-Verordnungsentwurf zur Reduktion der Kosten für den Ausbau von Hochgeschwindigkeitsnetzen für die elektronische Kommunikation (siehe Brüssel Aktuell 25/2013) vor. Die EU-Kommission hatte im März die Verordnung vorgeschlagen, um bürokratische Hürden beim Breitbandausbau zu beseitigen und die Koordinierung von Bauarbeiten zu verbessern. Dies würde ein Drittel der Kosten einsparen und die Ziele der EU-2020 Strategie (Digitale Agenda) schneller erreichen. Die kommunale Ebene fürchtet zusätzliche Bürokratie und bezweifelt die Einhaltung des Subsidiaritätsgrundsatzes...

Aus der Kommission

EU-Kommission nimmt sich Politikbereiche für Rechtsvereinfachung vor

Am 2. Oktober hat die Europäische Kommission eine Mitteilung zum so genannten REFIT-Programm, einem Programm zur Gewährleistung der Effizienz und Leistungsfähigkeit der EU-Rechtsetzung, vorgelegt. Mit REFIT wird das Ziel verfolgt, den gesamten Bestand an EU-Rechtsvorschriften zu überprüfen, um Verwaltungslasten, Lücken, Unstimmigkeiten oder wirkungslose Maßnahmen zu ermitteln und entsprechende Lösungsvorschläge zu entwickeln (siehe Brüssel Aktuell 33/2013). In ihrer Mitteilung zum REFIT-Programm gibt die Kommission nicht nur einen Überblick über die beachtlichen Erfolge, welche in den letzten Jahren beim Bürokratieabbau erreicht wurden. Sie führt u. a. auch Politikbereiche für Politikbereich auf, in denen Schritte zur Vereinfachung bzw. Zurücknahme von EU-Rechtsakten, zur Verringerung des regelungsbedingten Aufwands und zur Erleichterung der Rechtsumsetzung anstehen. Kommunalrelevante Bereiche wie der Bodenschutz sind dabei ebenfalls betroffen...

EU-Depeschen

- *EuGH – Körperschaften des öffentlichen Rechts unterfallen Richtlinie über unlautere Geschäftspraktiken*
 - *Soziale Dimension – EU-Kommission schlägt Erstellung eines Sozialanzeigers vor*
 - *Land- und Bodenmanagement – Wettbewerb gestartet*
 - *Freihandelsabkommen EU-USA: Verhandlungen wegen USA-Haushaltssperre verschoben*
 - *„Bamberger Hörnla“ in die Liste der geschützten geografischen Angabe (ggA) aufgenommen*
-

Europabüro der Bayerischen Kommunen
Europabüro der Baden-Württembergischen Kommunen
Europabüro der Sächsischen Kommunen

Brüssel Aktuell 36/2013

(11. – 18.10.2013)

Aus der Kommission

Konsultation der bestehenden Mehrwertsteuer-Regelungen zu öffentlichen Einrichtungen

Am 14. Oktober hat die EU-Kommission ihre ursprünglich bereits für September 2013 angekündigte Konsultation zur Überprüfung bestehender Mehrwertsteuer (MwSt)-Rechtsvorschriften zu öffentlichen Einrichtungen und Steuerbefreiungen für dem Gemeinwohl dienende Tätigkeiten gestartet. Damit greift sie nunmehr entsprechende Ankündigungen aus ihrer „Mitteilung zur Zukunft der Mehrwertsteuer“ von Ende 2011 (vgl. Brüssel Aktuell 44/2011) auf. Einziger Zweck der Konsultation sei es dabei expressis verbis, einschlägige Argumente und Informationen von Interessengruppen zu sammeln, um Unterstützung bei den weiteren kommissionsinternen Überlegungen zu erhalten. So ist bereits auf dem Deckblatt des 21-seitigen Konsultationspapiers ausdrücklich vermerkt, dass dieses nicht unbedingt die Auffassung der EU-Kommission als Kollektivorgan wiedergebe und nicht bereits als Kommissionsfestlegung auf eine offizielle Initiative in diesem Bereich verstanden werden soll. Dessen ungeachtet umfasst das Papier aber die gesamte Bandbreite an insgesamt fünf künftigen Ausgestaltungsoptionen mit teilweise weitreichenden Auswirkungen auf die kommunale Leistungserbringung. Vor diesem Hintergrund sind daher gerade auch betroffene kommunale Einrichtungen des öffentlichen Rechts noch bis zum 14. Februar 2014 eingeladen, sich über einen entsprechenden Fragen-Katalog zu äußern...

Aus dem Ausschuss der Regionen

Open Days 2013 – Im Lichte der kommenden Förderperiode 2014 bis 2020

Vom 7. bis 10. Oktober fanden in Brüssel die 11. Open Days, die Woche der Regionen und Städte, organisiert von der Generaldirektion für Regionalpolitik und Stadtentwicklung der EU-Kommission und dem Ausschuss der Regionen unter dem Motto „Europe's regions and cities taking off for 2020“ statt. Weit mehr als 5.000 Teilnehmer aus 54 Staaten besuchten die mehr als 100 Veranstaltungen. Die Vorbereitungen für die kommende Förderperiode 2014-2020 in den einzelnen Mitgliedstaaten befinden sich in der Abschlussphase. Die Open Days boten daher die Gelegenheit zum Austausch über gute Beispiele und Erfahrungen sowie neue innovative Ansätze. Aber auch zur aktuell endenden Förderperiode wurde ein Resumé gezogen...

Open Days 2013 – Im Lichte der EU-Umweltpolitik

Vom 7. bis 10. Oktober fanden in Brüssel die 11. Open Days, die Woche der Regionen und Städte, organisiert von der Generaldirektion für Regionalpolitik und Stadtentwicklung der EU-Kommission und dem Ausschuss der Regionen unter dem Motto „Europe's regions and cities taking off for 2020“ statt. Weit mehr als 5.000 Teilnehmer aus 54 Staaten besuchten die mehr als 100 Veranstaltungen. Die kommende Förderperiode 2014-2020 wird von einer stärkeren thematischen Konzentration der Mittel geprägt sein. Einen Schwerpunkt wird hierbei die Reduzierung von CO₂-Emissionen darstellen. Diesem, aber auch anderen umweltpolitischen Themen widmete sich eine Vielzahl von Workshops innerhalb der Open Days...

EU-Depeschen

- *Bericht sowie erste Inhalte des angekündigten Gesetzespakets zur Luftqualität veröffentlicht*
 - *Plenum verabschiedet Novelle zur Umweltverträglichkeitsprüfung*
 - *Regionalpolitik – Berichtsentwurf zur intelligenten Spezialisierung vorgelegt*
 - *Eurostat-Jahrbuch der Regionen 2013 veröffentlicht*
 - *EACEA sucht externe Sachverständige für ERASMUS+, EfBB, Kreatives Europa und Kultur*
-

**Europabüro der Bayerischen Kommunen
Europabüro der Baden-Württembergischen Kommunen
Europabüro der Sächsischen Kommunen**

Brüssel Aktuell 37/2013

(18. – 25.10.2013)

Aus dem Gerichtshof

Urteile zur Abwasserbehandlung und zum Abfall

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat im Oktober zwei Urteile im Umweltbereich gefällt. Aufgrund der Nichtumsetzung der Maßnahmen eines Urteils bezüglich der Behandlung von kommunalem Abwasser aus dem Jahr 2004 wurde das Königreich Belgien zur Zahlung eines Buß- sowie eines Zwangsgelds von mehr als 10 Mio. € verurteilt (C-533/11). In der Rechtsache C-113/12 geht es um Gülle und seine Einstufung als „Abfall“ oder „Nebenprodukt“ ...

Veranstaltungen, Seminare und Konferenzen

Möglichkeiten zur Förderung und Verbreitung des Breitbandausbaus

Am 15. Oktober fand in der Landesvertretung Nordrhein-Westfalen eine vom „Münsterland-Netzwerk“ organisierte Veranstaltung unter dem Titel „Connecting Europe Failure – EU von morgen mit Breitband von gestern?“ statt, welche die Kürzung der EU-Mittel für den Breitbandausbau in der Förderperiode 2014-2020 thematisierte. Zwei Tage später wurde zum gleichen Themenkreis auch im Europäischen Parlament in Anwesenheit von EU-Kommissionsvizepräsidentin Neelie Kroes (NL), zuständig für die sog. Digitale Agenda (vgl. zuletzt Brüssel Aktuell 19/2010), eine Veranstaltung unter dem Titel „Breitband für alle“ durchgeführt. In deren Mittelpunkt stand die Frage, wie die 9 Mio. entlegensten EU-Haushalte mit bislang unzureichender Breitbandversorgung bestmöglich über Satelliten-Technik angebunden werden können...

EU-Depeschen

- *Umweltrechtsbehelfe – Vertragsverletzungsverfahren wegen mangelnder Zugangsrechte*
 - *Förderung von TEN-V-Infrastrukturprojekten und Ausbau der europäischen Verkehrsnetze*
 - *Nitratrichtlinie – hohe Belastung in deutschen Gewässern*
 - *Energienetze – EU will 250 Großprojekte fördern*
 - *EuroPCom 2013 – EU-Konferenz zur öffentlichen Kommunikation*
 - *Umweltprogramm LIFE+ – Projektvorstellung „My favourite River“*
 - *Konsultation zur Vermeidung von Abfall in Ozeanen*
 - *Handbuch zum Gesundheitswesen*
-

Europabüro der Bayerischen Kommunen
Europabüro der Baden-Württembergischen Kommunen
Europabüro der Sächsischen Kommunen

Brüssel Aktuell 38/2013

(25.10. – 01.11.2013)

Aus der Kommission

Prioritäten der EU-Kommission 2014

Am 22. Oktober hat die EU-Kommission ihr jährliches Arbeitsprogramm angenommen, mit dem sie einen Einblick in die künftigen Prioritäten ihrer Arbeit im nächsten Jahr gewährt (vgl. Brüssel Aktuell 38/2012). Auch im Jahr 2014 hat die EU-Kommission eine ganze Reihe an kommunalrelevanten Initiativen geplant, zudem will sie ihr Augenmerk auf den erfolgreichen Abschluss noch anhängiger Rechtsetzungsprozesse der vergangenen Jahre sowie auf eine beschleunigte Umsetzung der bestehenden Regelungen vor Ort legen...

EU-Staaten setzen EU-Recht besser um

Die Kommission hat am 22. Oktober ihren Jahresbericht über die Kontrolle der Anwendung des EU-Rechts veröffentlicht. Aus diesem geht hervor, dass die Zahl der nicht abgeschlossenen Vertragsverletzungsverfahren im Jahr 2012 um 25 % niedriger war als im Jahr 2011. Dies sei zum einen darauf zurückzuführen, dass die Zahl der Fälle anstieg, in denen auf Problemlösungsmechanismen wie die Plattform „EU-Pilot“ und SOLVIT (vgl. http://ec.europa.eu/solvit/site/about/index_de.htm) zurückgegriffen wurde. Zum anderen spiele beispielsweise eine Rolle, dass im Jahr 2012 nur 56 Richtlinien umzusetzen waren – im Vergleich zu 131 im Jahr 2011...

„CONCERTO“-Konferenz: Energie-Lösungen für intelligente Städte und Gemeinden

Vom 22. bis zum 23. Oktober luden die Generaldirektion Energie der EU-Kommission und das Stuttgarter Steinbeis-Europa-Zentrum zu einer groß angelegten EU-Energie-Konferenz ein, in deren Mittelpunkt die Rolle der Kommunen stand. Inhaltlicher Aufhänger hierfür waren die Erfahrungen, die beteiligte Städte und Gemeinden im Rahmen von „CONCERTO“ gesammelt hatten. Dabei handelt es sich um eine Kommissionsinitiative innerhalb des 6. und 7. EU-Forschungsrahmenprogramms, in der seit 2005 insgesamt 58 Städte und Gemeinden aus 23 Mitgliedstaaten mit mehr als 175 Mio. € an EU-Mitteln bezuschusst wurden. Den insgesamt 22 geförderten Projekten gemein war, aufzuzeigen, wie durch einen integrierten, auf einen Technologie-Mix ausgerichteten Ansatz der Sprung vom einzelnen Gebäude zu einem Stadtviertel bzw. zur ganzen Stadt als Referenz-Maßstab für innovative Lösungen zu Energie- und CO₂-Einsparungen gelingen kann. Diesen Erfolgsfaktoren sowie der möglichen Übertragung auf zukünftige EU-Fördermöglichkeiten ab 2014, z. B. in der sog. „Initiative für intelligente Städte und Gemeinschaften“ (vgl. zuletzt Brüssel Aktuell 28/2012), waren verschiedene Konferenz-Workshops gewidmet...

Vorschläge für eine unternehmensfreundlichere öffentliche Verwaltung

Am 29. Oktober fand – organisiert durch die EU-Kommission – die Veranstaltung „For a business-friendly public administration – modernising public administration to restore competitiveness“ in Brüssel statt. Ziel war es, die Hauptschwierigkeiten in der Interaktion zwischen den Unternehmen und der Verwaltung sowie Lösungsansätze für eine unternehmensfreundlichere öffentliche Verwaltung zu identifizieren. Gesucht wurden Anregungen für die Entwicklung von künftigen Empfehlungen im Rahmen des Europäischen Semesters (siehe Brüssel Aktuell 22/2013)...

EU-Depeschen

- 7. Umweltaktionsprogramm von EU-Parlament angenommen
 - Elektronische Rechnungsstellung bei öffentlichen Aufträgen – Berichtsentwurf vorgelegt
 - Konsultation zum 1. Novellierungsentwurf für die LGVO
 - EuGH – Privatisierungsverbot von Energie- und Gasnetznetzen kann rechtmäßig sein
 - Zweiter Wettbewerb zur „Sozialinnovation“ in Europa gestartet
-

In eigener Sache

EU-Energie-Förderleitfaden für baden-württembergische Kommunen veröffentlicht

Das Europabüro der baden-württembergischen Kommunen hat einen Leitfaden zu den kommunalen Förder-, Finanzierungs- und Vernetzungsmöglichkeiten im Energiebereich erstellt. Interessierte Mitgliedskommunen können den ausschließlich elektronisch vorliegenden Leitfaden per E-Mail an foederratgeber@europabuero-bw.de anfordern...

Europabüro der Bayerischen Kommunen
Europabüro der Baden-Württembergischen Kommunen
Europabüro der Sächsischen Kommunen

Brüssel Aktuell 39/2013

(01. – 08.11.2013)

Aus dem Parlament

Mobilität der EU-Bürger und Sozialfürsorgesysteme der Mitgliedstaaten

Am 22. Oktober kam es im Plenum des Europäischen Parlaments in Straßburg zur Aussprache über die mögliche Belastung der Sozialfürsorgesysteme der Mitgliedstaaten durch die Mobilität der EU-Bürger. Hintergrund sind die Klagen einer Reihe von Großstädten über eine sog. Armutszuwanderung hauptsächlich aus den EU-Staaten Bulgarien und Rumänien. Mit Blick darauf, dass sich ab Ende 2013 auch Bürger aus Bulgarien und Rumänien in allen EU-Mitgliedstaaten ohne Einschränkungen bewegen dürfen, gingen die EU-Abgeordneten der Frage nach, ob von einem weitverbreiteten, systematischen Wohlfahrtstourismus die Rede sein könne, der die Haushalte in den Aufnahmestaaten belastet oder ob vielmehr die Anziehung durch freie Arbeitsplätze überwiegt und dadurch die Aufnahmestaaten profitieren...

Aus der Kommission

Abfallvermeidung – Kommissionsvorschlag zur Reduktion des Plastiktütenverbrauchs

Am 4. November hat die Europäische Kommission einen Vorschlag zur Änderung der Verpackungsrichtlinie angenommen, wonach die Mitgliedstaaten dazu verpflichtet werden sollen, in der Europäischen Union den Verbrauch von Tüten aus leichtem Kunststoff mit weniger als 0,05 Millimeter Foliendicke zu reduzieren. Wie das Ziel konkret erreicht werden soll, überlässt der Richtlinienvorschlag den Mitgliedstaaten. Zu den möglichen nationalen Maßnahmen zählen u. a. die Unterbindung der kostenfreien Abgabe von Kunststofftaschen sowie die Festsetzung nationaler Reduktionsziele. Von einheitlichen Reduktionszielen sieht die Kommission ab, da der Verbrauch an Kunststofftüten innerhalb der EU je nach Konsumverhalten, Umweltbewusstsein und Effektivität der ergriffenen politischen Maßnahmen sehr stark variiert...

Veranstaltungen, Seminare und Konferenzen

Brüsseler Veranstaltung zur Grünen Infrastruktur

Am 4. November fand eine vom Ausschuss der Regionen (AdR), dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) sowie der EU-Kommission (Generaldirektion Umwelt) organisierte Veranstaltung unter dem Titel „Green Infrastructure: Engaging regions, cities and civil society“ statt, auf welcher die Bedeutung sog. „Grüner Infrastrukturen“ diskutiert und Beispiele hierfür vorgestellt wurden...

Zittau ist Europäische Stadt des Sports 2014

Am 6. November zeichnete die „European Capitals and Cities of Sport Federation“ (ACES) in einer feierlichen Zeremonie die Europäischen Städte des Sports im Europäischen Parlament aus. Als einzige deutsche Stadt wurde das sächsische Zittau geehrt...

EU-Depeschen

- *Europäische Bürgerinitiative – Unterschriften bei drei von acht Initiativen erreicht*
 - *Brüsseler Veranstaltung zu „Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse“*
 - *Europäischer Steuerzahler-Preis für MdEP Dr. Gräßle aus Baden-Württemberg*
 - *Plakat- und Ideenwettbewerb zur Europawahl 2014*
 - *Europäischer Jugendkarlspreis 2014 ausgeschrieben*
-

**Europabüro der Bayerischen Kommunen
Europabüro der Baden-Württembergischen Kommunen
Europabüro der Sächsischen Kommunen**

Brüssel Aktuell 40/2013

(08. – 15.11.2013)

Aus dem Parlament

EU-Aktionsprogramm „Kreatives Europa“ 2014-2020 konkretisiert sich

Am 5. November stimmte der Ausschuss für Kultur und Bildung des EU-Parlaments (CULT) über den in den Trilogverhandlungen ausgehandelten Text hinsichtlich der Einrichtung des Programms „Kreatives Europa“ (siehe zuletzt Brüssel Aktuell 10/2013) für die Förderperiode 2014-2020 ab. Der Text wurde mit 21 „Ja“-Stimmen, bei keiner Gegenstimme sowie einer Enthaltung angenommen...

EU-Depeschen

- *Kommunales Energie-Forum mit EU-Kommissar Oettinger am 2. Dezember 2013 in Brüssel*
 - *Künftige/r Sitz/e des Europäischen Parlaments – Ausschussbericht veröffentlicht*
 - *Allgemeine und berufliche Bildung – zweiter Anzeiger der EU-Kommission veröffentlicht*
-

Europabüro der Bayerischen Kommunen
Europabüro der Baden-Württembergischen Kommunen
Europabüro der Sächsischen Kommunen

Brüssel Aktuell 41/2013

(15. – 22.11.2013)

Aus dem Parlament

Kommunalpartnerschaftsförderung – Plenum stimmt für EfBB-Verordnungsentwurf

Die EU-Abgeordneten gaben am 19. November mit 565 „Ja“-Stimmen, 84 „Nein“-Stimmen und 36 Enthaltungen ihre Zustimmung zum Ratsverordnungsentwurf über das Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ (EfBB) 2014-2020 (vgl. zuletzt Brüssel Aktuell 26/2013). Das Europäische Parlament beugte sich so zwar der Anwendung des besonderen Gesetzgebungsverfahrens gemäß Art. 352 AEUV, welches dem Parlament lediglich die Wahl zwischen einer Zustimmung oder Ablehnung des gesamten Verordnungsentwurfs zubilligt. Der EntschlieÙung ist jedoch eine Erklärung beigefügt, wonach dies lediglich auf dem Wunsch beruhe, eine Blockade des Rechtsetzungsprozesses und damit einen verspäteten Start des Programms in der neuen Förderperiode zu verhindern. Abgesehen davon hatten sich der Rat und die Kommission kompromissbereit gezeigt und in der Folge von interinstitutionellen Treffen Verbesserungen am Verordnungsvorschlag vorgenommen, was so nicht im besonderen Gesetzgebungsverfahren vorgesehen ist. Das Europäische Parlament hält nach wie vor an seiner Überzeugung fest, dass es als gewählte Vertretung der Bürger bei der konkreten Ausgestaltung der neuen EfBB-Verordnung eigentlich gleichberechtigt hätte eingebunden werden müssen (doppelte Rechtsgrundlage nach Art. 352 AEUV i. V. m. Art. 167 AEUV, vgl. Brüssel Aktuell 37/2012). In der Erklärung wird die Entschlossenheit des Parlaments deutlich, alles zu unternehmen, um bei der Vorbereitung der Förderperiode ab 2021 tatsächlich mitentscheiden zu können...

Veranstaltungen, Seminare und Konferenzen

Armutsmigration – Kommunen, Diakonie und Kommission diskutieren Problemlage

Am 14. November organisierte die Diakonie Deutschland in Brüssel ein Fachgespräch zum Thema „Binnenmobilität und soziale Rechte von EU-Bürgerinnen und -Bürgern“. Dabei wurde anhand von Berichten aus der Beratungs- und Projektarbeit der Diakonie Dortmund sowie aus der Arbeit der Migrationsberatungsstelle für erwachsene Zuwanderer der Diakonie Düsseldorf deutlich, welche Notlagen mit der punktuell enorm gestiegenen Armutszuwanderung verbunden sind. Auf dem Podium mit Vertretern der Migrationsberatung, der Kommune und der Kommission wurde nach europäischen Lösungsansätzen für die soziale Schieflage gesucht...

EU-Depeschen

- 7. Umweltaktionsprogramm vom Rat bestätigt
 - Künftige/r Arbeitsort/e – Parlamentsplenum verabschiedet EntschlieÙung
 - EU-Aktionsprogramm „Kreatives Europa 2014-2020“ vom Plenum angenommen
 - EU-Kommission unterstützt Kampf gegen Diabetes
 - Verstärkter Kampf gegen Antibiotikaresistenz – EU-Kommission finanziert Forschungsprojekte
 - Essen bewirbt sich neben elf weiteren Kandidaten um den Titel „Grüne Hauptstadt Europas 2016“
 - Situation der personenbezogenen und haushaltsnahen Dienstleistungen
-

Europabüro der Bayerischen Kommunen
Europabüro der Baden-Württembergischen Kommunen
Europabüro der Sächsischen Kommunen

Brüssel Aktuell 42/2013

(22. – 29.11.2013)

Aus dem Parlament

2014-2020: Wichtige Weichenstellungen in Sachen „Budget“ und „Kohäsionspolitik“

Die vorweihnachtliche Endspurtstimmung hat mit Blick auf die nahende Haushalts- und Förderperiode 2014-2020 in den vergangenen Wochen auch das Europäische Parlament erreicht. So konnten in jüngerer Zeit zahlreiche vorentscheidende Einigungen innerhalb der jeweiligen Trilogverhandlungen zum sog. Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2014-2020 sowie zur Ausgestaltung der EU-Kohäsionsregelungen für denselben Zeitraum vorgenommen werden, die nunmehr in formale Plenarverabschiedungen am 19. und 20. November mündeten. Dadurch schaffen die Europaabgeordneten ihrerseits die Schlussvoraussetzung für einen rechtzeitigen Start der künftigen EU-Förderperiode, auch im Sinne eines zeitnahen Mittelabflusses in kommunale Projekte. Gleichzeitig spielen sie damit seit Veröffentlichung der Kommissionsvorschläge um die Sommerpause 2011 herum den Ball ein letztes Mal formal an den Rat zurück, der in Kürze ebenfalls final beschließen soll...

„Barrierefreie Webseiten“ öffentlicher Stellen: Ausschussabstimmung

Der federführend zuständige Binnenmarktausschuss stimmte am 28. November dem Berichtsentwurf des deutschen Abgeordneten Jorgo Chatzimarkakis (ALDE) zum Richtlinienvorschlag „über den barrierefreien Zugang zu Websites öffentlicher Stellen“ mit großer Mehrheit mit 30 „Ja“- bei 3 Gegenstimmen (vgl. zuletzt Brüssel Aktuell 24/2013) zu. Die Ausschussmitglieder gehen darin über den Kommissionsvorschlag, der im Dezember 2012 veröffentlicht wurde (siehe Brüssel Aktuell 43/2012), hinaus: Der angenommene Bericht forderte eine Ausweitung des Anwendungsbereichs und einen graduellen Zeitplan für die Umsetzung, wonach ab dem 1. Januar 2017 alle Informationen der einschlägigen Webseiten barrierefrei zugänglich sein müssen. Allerdings sollte es nach Willen der EU-Abgeordneten Ausnahmeregelungen für Kleinstunternehmen und kleine Gemeinden geben. Die EU-Abgeordneten möchten den Rechtsetzungsprozess noch in erster Lesung unter der griechischen Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2014 abschließen...

Plenum billigt das neue Programm für Jugend, Bildung und Sport „ERASMUS+“

Am 19. November haben die EU-Abgeordneten mit 632 „Ja“-Stimmen, 29 „Nein“-Stimmen und 30 Enthaltungen den Verordnungsentwurf für das Programm „ERASMUS+“ angenommen (vgl. Brüssel Aktuell 1/2013). Dieses wird in der neuen Förderperiode 2014-2020 die bisherigen Programme „Lebenslanges Lernen“ (Erasmus, Leonardo da Vinci, Comenius, Grundtvig), „Jugend in Aktion“ sowie fünf internationale Kooperationsprogramme (Erasmus Mundus, Tempus, Alfa, Edulink, Programm für die Zusammenarbeit mit Industrieländern) ablösen. Es geht dabei darum, die Lernmobilität von Einzelpersonen (Leitaktion 1), die Zusammenarbeit zur Förderung von Innovation und zum Austausch von bewährten Verfahren (Leitaktion 2) sowie politische Reformen (Leitaktion 3) zu unterstützen. Zusätzlich wird das Programm den Bereich Sport einbeziehen (Kooperationspartnerschaften, gemeinnützige europäische Sportveranstaltungen, Ausbau der Evidenzbasis für politische Entscheidungen, Dialog mit relevanten europäischen Beteiligten). ERASMUS+ wird mit 14,7 Mrd. € ausgestattet sein...

Aus der Kommission

Leitlinien zu staatlichen Interventionen im Stromsektor veröffentlicht

Am 5. November hat die Generaldirektion Energie der Europäischen Kommission eine Mitteilung und vier konkretisierende Arbeitspapiere über den Einsatz öffentlicher Interventionen bei der Vollendung des Energiebinnenmarktes vorgelegt. Die darin enthaltenen rechtlich nicht bindenden Leitlinien sollen den Mitgliedstaaten helfen, umsichtig zusätzliche Kosten für Verbraucher und eine Marktverzerrung zu vermeiden, wenn sie im Interesse von Versorgungssicherheit und Klimaschutz in die Energiemärkte eingreifen. Mit öffentlichen Interventionen sind beispielsweise Subventionen, Steuervergünstigungen, sowie Gebühren- und Abgabeminderungen gemeint. Die Leitlinien befassen sich insbesondere mit der Gestaltung und Anpassung nationaler Fördersysteme für erneuerbare Energien, Prämiensystemen für das Vorhalten angemessener Erzeugungskapazitäten („Kapazitätsmechanismen“) und der Stärkung der Nachfragesteuerung im Strommarkt...

Förderprogramme

EU-Umweltförderung: LIFE in der Förderperiode 2014-2020

Die künftige Ausgestaltung des Programms LIFE 2014-2020, welches wie sein erfolgreicher Vorgänger LIFE+ (2007-2013; siehe Brüssel Aktuell 29/2012) EU-Fördermittel zur Unterstützung von Umwelt- und Klimaschutzprojekten bereithält, wurde nun auf EU-Ebene beschlossen. Am 21. November nahm das Plenum des Europäischen Parlaments den entsprechenden Verordnungstext mit 568 „Ja“- und 20 „Nein“-Stimmen bei 21 Enthaltungen an. Das Budget für das Programm wurde mit nun 3,1 Mrd. € im Vergleich zur derzeitigen Förderperiode deutlich aufgestockt, auch gibt es weitere Neuerungen wie die Möglichkeit integrierter Projekte...

EU-Depeschen

- *Plenarabstimmung über den Europäischen Sozialfonds (ESF) 2014-2020*
 - *EU-Vergaberecht – Anpassung der Schwellenwerte*
 - *Drohende Klage vor dem EuGH wegen fehlender Umsetzung der Zahlungsverzugsrichtlinie*
 - *EU-Beihilferecht – Konsultation zur Modernisierung durch bessere Evaluierung*
 - *Globalisierungsfonds stellte 2012 über 73,5 Mio. € für 15.700 Arbeitskräfte bereit*
 - *Stellungnahme des EWSA zu NAIADES II veröffentlicht*
 - *Politische Lernplattform sucht Partnerregionen zum Wissensaustausch*
-

Europabüro der Bayerischen Kommunen
Europabüro der Baden-Württembergischen Kommunen
Europabüro der Sächsischen Kommunen

Brüssel Aktuell 43/2013

(29.11. – 06.12.2013)

Aus dem Rat

Forschung und Innovation – Rahmenprogramm „Horizont 2020“ verabschiedet

Am 3. Dezember hat der Rat der EU die vier EU-Verordnungen und den Vorschlag zu einem Beschluss des Rates der EU angenommen, welche das Gesetzgebungspaket des EU-Rahmenprogramms für Forschung und Innovation „Horizont 2020“ für die Jahre 2014-2020 bilden. Dem Start des Programms am 1. Januar 2014 steht nun nichts mehr im Wege, denn das Plenum des EU-Parlaments hatte bereits am 21. November mit großer Mehrheit die im Juni im Trilog mit dem Rat und der Kommission erreichte vorläufige Einigung über den endgültigen Wortlaut bestätigt (Brüssel Aktuell 29/2013). „Horizont 2020“ wird die Instrumente des siebten Forschungsrahmenprogramms (7. FRP), des Rahmenprogramms für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (CIP) und des Europäischen Instituts für Innovation und Technologie (EIT) zusammenführen. Das Programm vereint also sämtliche auf EU-Ebene existierenden Förderinstrumente für Forschung und Innovation unter einem Dach und soll dadurch eine erhebliche Vereinfachung mit sich bringen...

Aus dem Parlament

EU-KMU-Förderung 2014-2020: Aktionsprogramm „COSME“ vom Plenum bestätigt

Nachdem zwischenzeitlich der übergeordnete EU-Finanzierungsrahmen 2014-2020 seitens der EU-Abgeordneten angenommen worden war (vgl. zuletzt Brüssel Aktuell 42/3012), folgte daraufhin am 21. November auch die parlamentarische Weichenstellung für die nächste siebenjährige Förderung von v. a. Kleineren und Mittleren Unternehmen (KUM) in der EU, die jüngst am 5. Dezember auch ratsseitig Bestätigung fand. Über das sog. Aktionsprogramm „COSME“ (kurz für „Competitiveness of Enterprises and Small and Medium-sized Enterprises“, vgl. Brüssel Aktuell 15/2012) mit einem nunmehr beschlossenen Gesamtbudget von 2,3 Mrd. € soll die Unternehmensförderung z. B. über Kreditbürgerschaften oder Eigenkapital-Fazilitäten in der unternehmerischen Wachstumsphase erfolgen. Neben dieser Erleichterung des Finanzierungszugangs dürfte für kommunale Wirtschaftsförderer zudem auch das Ziel der Stärkung von Unternehmergeist und Unternehmenskultur als „weichere“ Förder-Bereiche von Relevanz sein...

Aus der Kommission

„Horizont 2020“ – Smart Cities-Aufruf im Bereich Energie

Am 5. Dezember führten die beiden Generaldirektionen für Energie und Forschung der EU-Kommission gemeinsam einen Informationstag zum neuen Forschungsprogramm Horizont 2020 (siehe auch diese Ausgabe von Brüssel Aktuell) durch. Auf diesem ging Robert Goodchild von der Generaldirektion Energie auf den aktuellen Aufruf für Smart Cities (Kurzform für „Smart Cities and Communities“, zu Deutsch „Intelligente Städte und Gemeinden“; siehe zuletzt Brüssel Aktuell 20/2012) ein, der am 11. Dezember 2013 veröffentlicht werden wird...

Wettbewerbe gestartet – „Sustainable Energy Award“ bzw. „ManagEnergy Award“

Die Exekutivagentur für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (EAWI) ruft im Namen der EU-Kommission zur Teilnahme an den komplementären Wettbewerben um den „Sustainable Energy Award“ bzw. um den „ManagEnergy Award“ auf. Mit den Auszeichnungen soll herausragenden, übertragbaren Initiativen im Bereich nachhaltige Energie mehr Anerkennung und Sichtbarkeit zukommen. Ein Projekt kann nicht gleichzeitig in beide Wettbewerbe eingebracht werden. Wettbewerbsbeiträge können jeweils bis zum 28. März 2014 per Online-Formular eingereicht werden...

Aus dem Gerichtshof

Geldstrafen wegen Nichteinhaltung der EU-Abwasserrichtlinie

Am 28. November verurteilte der EuGH Luxemburg wegen fortwährender Nichteinhaltung der EU-Abwasserrichtlinie 91/271/EWG zu einer Geldstrafe i. H. v. 2 Mio. € sowie zu einem täglichen Zwangsgeld i. H. v. 2.800 €. Zudem hat die EU-Kommission jüngst Griechenland in einem ähnlich gelagerten Fall vor dem EuGH verklagt...

Veranstaltungen, Seminare und Konferenzen

Revision des EU-Abfallrechts – Erwartungen der öffentlichen Abfallwirtschaft

Im Jahr 2014 möchte die EU-Kommission den mehrjährigen Revisionsprozess zur EU-Abfallpolitik abschließen und voraussichtlich im Frühjahr 2014 entsprechende Vorschläge zur künftigen Ausgestaltung der Abfallrahmenrichtlinie sowie der Abfallstromrichtlinien veröffentlichen (siehe zuletzt Brüssel Aktuell 23/2013). Der Europäische Verband der öffentlichen Abfallwirtschaft hat mit seiner Konferenz „From Recovered Resources to Economic Recovery“, welche am 26. November im Ausschuss der Regionen stattfand, den idealen Zeitpunkt gewählt, um nochmals auf die Wirklichkeit der Verantwortung des öffentlichen Abfallsektors aufmerksam zu machen und um zugleich seine Erwartungen an die künftigen Vorschläge zu erläutern. Neben dem Austausch mit Vertretern der EU-Kommission kamen auch Vertreter von Verbänden zu Wort, welche die vier Abfallströme Glas, Metalle/-verbindungen, Papier und Plastik repräsentieren...

EU-Depeschen

- Strategien zur intelligenten Spezialisierung
 - Zukunft EU-Aktionsprogramme – Programm für Beschäftigung und soziale Innovation bestätigt
 - EU-Fallstudien-Projekt zu den Bereichen „Inklusion“ und „Energie“
 - Kommission veröffentlicht fünf Aktionen für Bürger, Wachstum und Beschäftigung
 - Brüsseler Landesvertretungsspitze zur Stuttgarter Regionalverbandsdirektorin gewählt
-

Europabüro der Bayerischen Kommunen
Europabüro der Baden-Württembergischen Kommunen
Europabüro der Sächsischen Kommunen

Brüssel Aktuell 44/2013

(06. – 13.12.2013)

Veranstaltungen, Seminare und Konferenzen

Konferenz zur Luftqualität

Schlechte Luftqualität, welche an der Überschreitung der Grenz- und Zielwerte in vielen europäischen Regionen deutlich wird, belastet die Gesundheit und das Wohlbefinden der Bürger und wirkt sich auch auf den Klimawandel und das Ökosystem aus. Am 19. und 20. November fand deshalb zu diesem Thema eine Konferenz im Ausschuss der Regionen statt. Ziel dieser Veranstaltung war es, allen Entscheidungsträgern in den Mitgliedstaaten auf regionaler und lokaler Ebene Methoden und Instrumente zur Lösung dieses Problems zur Verfügung zu stellen, bei der Erstellung von Luftreinhalteplänen zu unterstützen sowie eine Diskussion über dieses Thema anzuregen. Entscheidend für eine gute Luftqualität, so das Fazit der Konferenz, sei auch eine erfolgreiche Zusammenarbeit auf allen Ebenen...

Umweltprogramm LIFE+ – Abschlusskonferenz „3WATER“

Die Abschlusskonferenz am 10. Dezember markierte das Ende des erfolgreichen LIFE+-Umweltprojektes „3WATER“. Ein Großteil des Projektgebiets gehört zum Natura-2000 Netz. „3WATER“ stellt die Grundlage für das langfristige Überleben von bedrohten Arten im Teichgebiet Midden-Limburg in der belgischen Provinz Limburg dar. Als Beispiel eines kommunalen Akteurs unterstützte die Stadt Hasselt das Projekt neben finanziellen Mitteln u. a. auch durch Ausstellungen sowie Informations- und Diskussionsveranstaltungen...

EU-Depeschen

- *EU-Beihilfenrecht – Verlängerung der Geltungsdauer der AGVO*
 - *EU-Kommission genehmigt Beihilfe für Telemedizin in Ostsachsen*
 - *Industrieausschuss verabschiedet Bericht zur Kostensenkung im Breitbandausbau*
 - *INSPIRE-Richtlinie – Konsultation zu Geodaten und Geodatendiensten gestartet*
 - *Verkehr – Rat der EU verabschiedet TEN-V-Leitlinien*
 - *Verkehr, Energie und Telekommunikation – Rat der EU verabschiedet „Connecting Europe“*
 - *Verkehrsausschuss spricht sich für verpflichtende Mindestanzahl an Stromtankstellen aus*
 - *Städtischer Verkehr – neuer Bericht der Europäischen Umweltagentur*
 - *Dresdner Verkehrsentwicklungsplan im europäischen Fokus*
 - *„Barrierefreie Stadt 2014“ – Dresden erhält besondere Auszeichnung*
 - *Strategien zur Integration der Roma*
-

In eigener Sache

Kommunal-Europäisches Energie-Forum der bayerischen, baden-württembergischen und sächsischen Kommunen

Am 2. Dezember veranstaltete die Bürogemeinschaft der Europabüros der bayerischen, baden-württembergischen und sächsischen Kommunen ein kommunal-europäisches Energie-Forum in der Vertretung des Landes Baden-Württemberg bei der EU in Brüssel. Unter dem Motto „Europa und Kommunen gemeinsam für die Energiewende“ traten kommunale Verbandsvertreter in den Austausch mit Vertretern des Europäischen Parlaments, der Europäischen Kommission und des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, um Chancen und Grenzen der EU und ihre zukünftige Rolle in diesem Bereich näher zu beleuchten. Das Thema stellte auch den Kern eines Abgeordnetengesprächs am Folgetag dar. Als Fazit lässt sich festhalten, dass das im Laufe der Veranstaltung stark kritisierte deutsche Erneuerbare Energien-Gesetz (EEG) dringend zu reformieren sei, dass aber auch Vertrauensschutz gewährt werden müsse. Ein kontinuierlicher Austausch zwischen der lokalen, regionalen, Bundes- und EU-Ebene sei unerlässlich...

Europabüro der Bayerischen Kommunen
Europabüro der Baden-Württembergischen Kommunen
Europabüro der Sächsischen Kommunen

Brüssel Aktuell 45/2013

(13. – 20.12.2013)

Aus dem Parlament

Ländliche Entwicklung – EU-Parlament nimmt ELER-Verordnung an

Am 20. November nahm das Europäische Parlament fünf Verordnungsvorschläge zur Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) an. Unter anderem wurde die Fortführung des kommunalen Erfolgsmodells LEADER beschlossen. Der Förderansatz zur Entwicklung des ländlichen Raums bleibt auch in der Förderperiode 2014-2020 integraler Bestandteil des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER)...

Aus dem Rat

Europäisches Semester – Rat stimmt Jahreswachstumsbericht der EU-Kommission 2014 zu

Am 10. Dezember hat der Rat der EU den Jahreswachstumsbericht der EU-Kommission 2014 vom 13. November gebilligt. Zweck des Jahreswachstumsberichts ist es, den Mitgliedstaaten bei ihren wirtschafts- und haushaltspolitischen Entscheidungen als (Diskussions-)Grundlage zu dienen. Er enthält eine Überprüfung der Fortschritte, die die EU im Jahr 2013 in ihren Schwerpunktbereichen gemacht hat. Auf dieser Basis empfiehlt die EU-Kommission, die mittelfristigen Prioritäten des vergangenen Jahres beizubehalten. Ihre Verwirklichung sollte lediglich an die sich wandelnden wirtschaftlichen und sozialen Umstände angepasst werden...

Aus der Kommission

Luftqualität – Novellierungsprozess auf EU-Ebene gestartet

Am 18. Dezember veröffentlichte die EU-Kommission nun das ursprünglich bereits für September 2013 erwartete, sog „Luftqualitätspaket“. Es ist das Endergebnis einer umfassenden Überprüfung der EU-Politik zur Luftqualität, die Anfang 2011 von ihr eingeleitet worden war. Somit hat das von EU-Umweltkommissar Potočnik (SLO) als Jahr der Luft ausgerufene Jahr 2013 doch noch einen würdigen Abschluss gefunden. Das Paket besteht aus einer Mitteilung „Saubere Luft für Europa“, einem Novellierungsvorschlag für die Richtlinie über nationale Emissionshöchstmengen, einem neuen Richtlinienvorschlag mit Blick auf den Luftschadstoffausstoß von mittleren Verbrennungsanlagen, einem Ratsbeschluss zur Annahme des Göteborg-Protokolls sowie mehreren Arbeitsdokumenten der Kommissionsdienststellen. Ein Novellierungsvorschlag zur Luftqualitätsrichtlinie 2008/50/EG ist hingegen explizit nicht Bestandteil des Pakets...

Paket zur städtischen Mobilität veröffentlicht

Kurz vor Ende des Jahres verabschiedete die EU-Kommission am 17. Dezember ihr Paket zur „Mobilität in der Stadt“ (siehe zuletzt Brüssel Aktuell 44/2013). Das Paket ist das Ergebnis vorangegangener Konsultationen und Studien (siehe zuletzt Brüssel Aktuell 24/2012). Die Notwendigkeit für die Diskussion des Themas ergibt sich aus der Verkehrsbelastung in den Städten der EU, wodurch die Kommission die EU-Ziele eines wettbewerbsorientierten und ressourcenschonenden Verkehrssystems gefährdet sieht. Aus kommunaler Sicht wurden in der Vergangenheit die Überlegungen der Kommission zum Teil sehr kritisch betrachtet, da die Überlegungen zu verbindlichen EU-Vorgaben gegenüber den Städten das in den europäischen Verträgen festgeschriebene Subsidiaritätsprinzip angreifen. Das nun veröffentlichte Paket bestätigt dahingehende Befürchtungen allerdings nicht...

Veröffentlichungen im Amtsblatt der Europäischen Union

In den vergangenen Wochen gab es folgende kommunalrelevante Veröffentlichungen im Amtsblatt der Europäischen Union...

EU-Depeschen

- *Globalisierungsfonds unterstützt Arbeitslose auch 2014-2020*
 - *EU-Programm „Gesundheit für Wachstum“ – Legislativvorschlag verabschiedet*
 - *Fortschritte bei europäischem Katastrophenschutzmechanismus*
 - *Plenarabstimmung zum Aktionsplan für den Einzelhandel*
 - *Frauen mit Behinderungen – Entschließung vom Europäischen Parlament angenommen*
 - *Konsultation zur Zertifizierung von Abfallbehandlungsanlagen gestartet*
 - *EU-Urheberrecht – Kommission startet Konsultation*
 - *Konsultation zur Qualität der Gesundheitsversorgung und zur Patientensicherheit gestartet*
 - *„Kreatives Europa“ – Programmleitfäden, Einreichfristen, nationale Kontaktstellen*
 - *Aufruf für entwicklungspolitische Bildungs- und Öffentlichkeitsprojekte in Europa*
 - *„Grundrechte und Unionsbürgerschaft“ – Aufruf für Förderung transnationaler Projekte*
 - *Wahl der neuen Verbandsspitze des RGRE*
 - *Praktika – EU-Kommission veröffentlicht Leitlinien*
-

In eigener Sache

Das Team der Bürogemeinschaft der Europabüros der bayerischen, baden-württembergischen und sächsischen Kommunen wünscht Ihnen frohe, besinnliche und erholsame Festtage sowie alles Gute und viel Erfolg für das Neue Jahr! Die nächste Ausgabe von Brüssel Aktuell erscheint am 10. Januar 2014.
